

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 6 gefaltete Postzeitung kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. zu senden.

Nr. 35

Sonntag, den 1. September

1912

## Arbeitslosenversicherung.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung ist für die bürgerliche Gesellschaft einer der Präzedenzfälle, mit dem festgestellt werden kann, ob sie für die Folgen ihrer Wirtschaftsordnung einstehen und den von ihr auf den Hungeretat gesetzten Arbeitern beistehen will. Die Arbeitslosigkeit ist mit der Entwicklung der kapitalistischen Warenherzeugung geworden. Daher wird auch die Frage brennender, ob das Elend der Arbeitslosigkeit beseitigt oder wie es gemindert werden kann.

Bei der Beseitigung der kapitalistischen Profitmacherei ist nicht daran zu denken, daß durch irgendwelche Einrichtung die Freisetzung von Arbeitskräften verhindert werden kann. Alle Vorschläge liefern bisher und können nur darauf hinauslaufen, unverschuldet Arbeitslosen irgend eine Beschäftigung zu verschaffen, wenn in ihrer Branche für sie kein Unterkommen zu finden. Es hat einen Zwangscharakter, ja etwas Barbarisches an sich, jemand, der ohne seine Schuld existenzlos geworden ist, zu einer ihm ganz ungewohnten, seiner Gesundheit vielleicht ganz unzutraglichen Arbeit anzuhalten. In diesem Zwangskapitel gehört auch der Vorschlag, den das fromme Zentrumblatt, die „Germania“ in Berlin mit dem Lösungswort vertritt: Fort mit der Unterstützung — her mit der Arbeit!

Allen Arbeit zu verschaffen, ist bekanntlich das Bestreben der Sozialisten, aber nicht in dem kapitalistisch-ausbeuterischen Sinne, wie die Germania das beschränkt, sondern durch sozialistische Regelung der Produktion. Das Blatt will die Arbeitslosen im Interesse der Moorkultur beschäftigt wissen; es schreibt:

Wenn Unternehmungen sich so zentrieren, wenn sie weniger günstige Folgen in sozialer, politischer und militärischer Hinsicht haben, dann gibt es nur eine Schlussfolgerung: die Melioration so weit wie möglich durchzuführen; denn jedes veräumdete Jahr bringt dem Staate, der Landwirtschaft und der Gesamtbevölkerung einen Schaden nach Millionen berechnenden Schaden. Der Staat kann nicht alles tun, aber die Landwirtschaft und die Städteverwaltungen, welche über Milch, Fleisch, Gemüse, Futtermittel und Obst Obstlagen, müssen Privatorganisationen schaffen, welche die Meliorationen in umfassendster Weise zur Ausführung bringen. Technische Fachkräfte gibt es genug und Arbeitskräfte auch, denn zur Unterstützung der Arbeitslosen wird in Deutschland über eine Million ausgegeben. Fort mit der Unterstützung — von Kranken abgesehen — und her mit der Arbeit! Einschränkung von Spiel und Sport und Belästigung nutzbringender Arbeit, ihr Jugendvereine, Pfadfinder und Wehrkräfte, denn das ist der Pfad zu Deutschlands Wehr: eine baldigste komplette Ausführung der Meliorationen und Moorkultivierung!

Dieser Vorschlag ist ebenso utopistisch wie brutal und auch nur eine Schreiberei jenes Blattes, die von dem einzig vernünftigen Palliativmittel einer Arbeitslosenversicherung absieht.

Die Unterstützung, welche Arbeitslose erhalten, wird ihnen heutzutage in der Hauptsache aus Gewerkschaften gezahlt. Öffentliche Mittel kommen hierbei nicht in Betracht, sondern die eigenen Versicherungsbeiträge der Arbeiter. Gewiß wird ein Teil der Arbeitslosen, die an schwere oder landwirtschaftliche Arbeit gewöhnt sind, in der Moorkultur untergebracht werden können, aber dann auch nur mit ihrer Einwilligung! Und das wäre doch nur der bei weitem kleinere Teil. Für den übrigen größeren Teil zu sorgen, ist Pflicht des Staates, der durch seine Gesetze und Einrichtungen die zügellose kapitalistische Ausbeutungswirtschaft gestattet und schützt. Der Schutz der wirtschaftlichen Ausbeutung ist ja die Hauptursache der Arbeitslosigkeit, ergo erwächst daraus auch die Pflicht der Abhilfe resp. die Versorgung der Betroffenen.

Bekanntlich sucht nun der Staat die Pflicht der Unterstützung auf die Gemeinden abzuwälzen, die ihrerseits, wenigstens einige, den Versuch machen, durch die von Gewerkschaften längst geforderte Arbeitslosenversicherung dieser Pflicht nachzukommen. Aber solche Einzelversuche können und werden nur dazu führen, die Notwendigkeit einer staatlichen Arbeitslosenversicherung immer schärfer hervortreten zu lassen.

Es macht einen kläglichen Eindruck, wie der Staat die Erfüllung dieser Pflicht durch allerhand Ausflüchte oder Experimente hinauschiebt. So hat die sächsische Regierung in den Jahren 1910 und 1911 Arbeitslosenzählungen vornehmen lassen, ohne die geringste Nutzenwendung für die Arbeitslosen daraus zu ziehen. Auch für das Jahr 1912 ist wieder eine Arbeitslosenzählung angesetzt. Wir haben natürlich dagegen nicht das Geringste entgegenzusetzen, obgleich die Art, wie sie erfolgt, nicht genügt. Sie müßte eine dauernde Einrichtung sein, weil auch die Arbeitslosigkeit dauernd ist; außerdem könnte die Form eine gründlichere sein, gehen doch Gewerkschaften darin dem Staat vorbildlich voran. Nur durch Vergleichung kann die Ständigkeit und Größe der Arbeitslosigkeit erkannt werden. Einzelhebungen, wie die sächsische, machen den Eindruck, daß man überhaupt nicht ernstlich

auf die Sache eingehen und die Lösung der Frage nur hinauszuziehen will.

Darüber, daß Arbeitslosigkeit eine ständige Folge der heutigen Produktion ist, ist kein Zweifel mehr zulässig. Gegenwärtig herrscht in den meisten Gewerben Hochkonjunktur. Aber die Arbeitslosigkeit ist durch sie nicht verdrängt. Das Reichsarbeitsblatt stellt nach einer gewerkschaftlichen Nachweisung, die 1951871 Mitglieder umfaßt, fest, daß im Mai dieses Jahres 36479 oder 1,9 Prozent arbeitslos waren. Von je 50 Organisierten war einer arbeitslos. Unter den Nichtorganisierten ist der Prozentsatz erheblich größer.

Kann die kapitalistische Gesellschaft den Beschäftigungslosen keine Existenz verschaffen, dann ist die staatliche Gemeinschaft verpflichtet, für sie zu sorgen. Die vernünftigste Form der Hilfe ist im Gegenwartsstaate die Arbeitslosenversicherung. Den Arbeitern diese Versicherungslast zuzuschreiben, entspräche wohl dem Charakter der kapitalistischen Ausbeutung, die den Arbeiter auspreßt und dann beiseite wirft. Aber sofern sich der Staat rühmt, eine den Arbeitern förderliche Sozialpolitik zu treiben, muß er eben helfend eingreifen. Die Warenproduktion und der Vertrieb der Produkte stellt die gesamte Volkswirtschaft des Staates dar, der Staat hat also für die Folgen aufzukommen, er darf sie nicht den Gemeinden zuschieben und doch geschieht dies. Damit diskreditiert er seine Sozialpolitik und nimmt ihr selbst den ersten Untergrund.

Es blieb also bisher den Arbeitern nichts übrig, als in ihren Organisationen Selbsthilfe zu üben und für den äußersten Notfall zu sorgen. Die Gewerkschaften müssen also tatsächlich die Pflicht erfüllen, die der Staat gegenüber den Arbeitern vernachlässigt.

Inzwischen sind freilich eine Anzahl Gemeinden an die Frage herangetreten, aber es ist nur eine teilweise Lösung, ein Kolbcheln, den sie mit den verschiedensten Arbeitslosenversicherungsprojekten versucht haben. Meistens halten sie sich an das Zuschußsystem, wie Köln, Mühlhausen, Schöneberg, Freiburg i. B. und in neuester Zeit Stuttgart. Alle diese Versuche zeugen indes von bürgerlicher Beschränktheit. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, mit der Arbeitslosenversicherung den Spartrieb in den Arbeiterkreisen wecken zu wollen. Sparen — wo nichts ist und der dürftige Lohn nicht zur vernünftigen Ernährung ausreicht! Solche Absicht muß den bitteren Spott der Arbeiter hervorrufen. Uebrigens ist diese Sparidee ein Stück kapitalistischer Heuchelei. Man will damit sagen, die Arbeiter erhielten soviel Lohn, daß sie davon etwas zurücklegen könnten. Das ist nicht wahr. Wer das jedoch ernstlich behauptet, kennt die Arbeiterverhältnisse nicht; er sollte zunächst die Masse in die vorhandenen Lohnstatistiken stecken, ehe er mit solchen unsinnigen Ideen hervortritt.

Gesetzt, die Arbeiter würden noch mehr darben, nur um zu „sparen“, wäre damit unserer Volkswirtschaft, überhaupt der menschlichen Gesellschaft gedient? Je weniger die Arbeitermassen konsumieren, um so größer wäre der Anfall für die gesamte Produktion. Die Arbeitslosigkeit müßte also noch mehr zunehmen.

Und jetzt schon ist die Degeneration infolge Unterernährung zu einer Gefahr geworden, wieviel mehr müßte das der Fall sein, würden die Arbeiter dieser wahnsinnigen Spartheorie nachhängen. Doch braucht man das nicht zu befürchten, denn daran hindert sie der Hunger. Um den zu stillen, müssen sie schon andere Bedürfnisse unterdrücken, zum Schaden unserer Volkswirtschaft.

Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Arbeitslosenversicherung staatlich obligatorisch einzurichten. Zu dieser sozialpolitischen Institution drängt nicht nur die kapitalistische Entwicklung der Produktion, auch aus rein politischen Gründen wird man sich dazu gezwungen fühlen, wenn man die Stimmung der brotlos Gemachten nicht bis zur Siedehitze treiben will.

Die Experimente der Gemeinden, die Arbeitslosenversicherung einzuführen, schieben den Zeitpunkt für das Eingreifen des Staates nicht hinaus, sie sind, wenn auch nur schwache, Beweise dafür, daß die Sache durchführbar ist. Besser, als die Gemeinden es können. Denn dem Staat als Gesamtheit stehen bessere Mittel und Wege zu Gebote, als seinen gemeindlichen Einzelteilen. Seit mindestens 40 Jahren schon tritt die Sozialdemokratie, ihr nach die Gewerkschaften, für reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung ein — es ist nunmehr höchste Zeit, daß der Staat diese Pflicht erfüllt.

## Die Teuerung.

Kollwucher und Grenzsperrre haben seit dem Jahre 1903 dem deutschen Volke steigende Teuerung gebracht. Tritt zu dieser künstlichen Steigerung der Rohwarenmittel noch ein weiterer oder eine andere be-

sondere Kalamität hinzu, dann schnellen die Preise sprunghaft in die Höhe. So verursachte die Dürre des vorjährigen Sommers die bekannte Preissteigerung für Kartoffeln, die zu einer wahren Volksnot wurde. Genau so steht es jetzt mit den schwindelhaft hinaufgetriebenen Fleischpreisen.

Die breiten Arbeitermassen müssen jetzt den Fleischgenuß auf das minimalste beschränken, viele Familien können sich bei den geringen Löhnen und den hohen Lebensmittelpreisen überhaupt keinen Fleischgenuß gönnen. Dieser Zustand führt zu Ausbrüchen höchster Unzufriedenheit und zur Selbsthilfe, weil die Regierungen nichts zur Abhilfe tun. Man weiß ja, daß die Reichsregierung im Interesse der habgierigen Agrarier auf hohen Getreidepreisen und Viehpreisen, sowie auf der Grenzsperrre besteht, daher auch freiwillig auch nichts zur Beseitigung des Notstandes tun wird, obgleich die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh sofort die Fleischteuerung zum Teil beseitigen würde.

In Württemberg hat nun die Fleischteuerung zu einem Fleischkrieg in den Städten Gmünd, Göppingen, Geislingen, Hall, Großweiltingen und anderen zahlreichen Ortschaften geführt. Die Bevölkerung will die Fleischer durch Boykott zwingen, zu den früheren Preisen zu verkaufen. Dagegen wehren sich die Fleischer und haben sich, wie in Göppingen, bei 1000 M. Konventionalstrafe verpflichtet, es bei den höheren Preisen zu belassen. Sie berufen sich auf die hohen Viehpreise, die höhere Fleischpreise bedingten. Dieser letztere Grund entspricht leider den Tatsachen, aber die Fleischer verstehen sich auch auf eine Abrundung der Fleischpreise nach oben, daß eben nicht bloß der höhere Viehpreis gedeckt wird, sondern noch etwas mehr als Profit herauspringt. Die Grundursache der Teuerung bleibt jedoch der höhere Viehpreis.

Auf eine Herabdrückung der ins Ungeheuerliche geschraubten Viehpreise muß daher jede Aktion gerichtet sein. Vor allem könnte die Aufhebung der Grenzsperrre sofortige Hilfe bringen. Die Zufuhr ausländischen Schlachtviehes oder geschlachteten Fleisches müßte die Viehpreise herabdrücken. Der Schwindel, daß um der Seuchengefahr willen die Grenzen gesperrt bleiben müßten, ist längst durchschaut, sonst müßten die Länder, die uns Schlachtvieh liefern könnten, unter der angeblichen Versuchung in schlimmerer Lage als Deutschland sich befinden, während umgekehrt die Vieh- und Fleischpreise dort nicht nur entschieden niedriger sind, sondern auch die Seuchengefahr eine geringere ist, als in Deutschland. Verwunderlich ist nur, daß angesichts dieser Tatsachen das gute, dumme, deutsche Volk sich die Anzäkländerung zugunsten der Agrarier noch immer ruhig gefallen läßt. Und erstaunlich ist auch die Hartnäckigkeit, mit der die Reichsregierung sich gegen die Beseitigung der Grenzsperrre weigert, nachdem doch der Ausgang der diesjährigen Reichstagswahlen die zunehmende Unzufriedenheit im Volke durch die Zurückwerfung der agrarischen Parteien bestätigte. Die Haltung der Regierung ist geradezu provokatorisch und wird allerdings der Arbeiterpartei willkommene agitatorische Handhaben liefern.

Indes ist doch die Not zu groß, als daß nicht Jeder wünschenswert müßte, es müsse ihre Linderung durch sofortige Öffnung der Grenzen vorgenommen werden. Die Arbeiter sehen sich wohl über übel gezwungen, höhere Löhne von dem Unternehmertum zu verlangen und zu erkämpfen, wenn ihre Unterernährung nicht noch weiter greifen soll. Sie sind das ihrer eigenen Gesundheit, ihrer Familie und der Erhaltung ihrer Arbeitskraft schuldig. Es ist eine Folge der kollwucherischen Politik, die den Grundbesitzern Vorteile auf Kosten der Massen zuschiebt, wenn die Lohnkämpfe eine breitere Basis und schärfere Formen annehmen, denn schließlich wollen die Arbeiter sich nicht ohne Wehr das Fell über die Ohren ziehen lassen. Das Unternehmertum hat übrigens diese Situation selbst mit verschuldet, indem es die Wirtschaft resp. Zollpolitik seiner Vertreter im Reichstage unterstützte. Es ist ihm vorausgesetzt worden, daß Lohnkämpfe die Folge der Kollwuchererei und Lebensmittelteuerung sein müssen.

Bernünftige Landwirte geben zu, daß die Fleischteuerung behoben werden könnte durch Öffnung der Grenzen. Aber sie wissen auch, daß die Kollwuchererei die Fleischnot mit verursacht hat. Die Dürre des vorigen Jahres hat eine Verminderung des Viehbestandes herbeigeführt, das ist richtig. Jedoch die enorm hohen Futtermittelpreise, die zur Verminderung des Viehbestandes veranlassen, sind durch die Futtermittelzölle künstlich noch höher getrieben worden. Nun, da in diesem Jahre die Ernte mehr Futtermittel gebracht kann, der Viehbestand wieder erhöht werden. Da das einzige Zeit dauert, müßten eben die Grenzen für die Zufuhr ausländischen Schlachtviehes geöffnet werden. Treffend schildert ein praktischer Landwirt im „Neuen Sächsischen Anzeiger“ die Situation:

Die jetzt vorhandene Nahrungsmittelsteuerung ist zweifellos besonders durch die Getreide- und Futtermittelzölle noch verschärft worden, weil die Preise für alle Futtermittel um die Höhe des Zolles, zu dem noch die Zollpladereien treten, erhöht worden sind. Der Viehhaltende kleine Landwirt müßte direkt den ganzen Zoll tragen. Er muß in den Jahren, wo infolge Mangels an Futtermitteln die Viehpreise niedrig sind, sein Vieh verschleudern und hat dann noch vom Großgrundbesitzer Stroh, Streu, Kartoffeln, Rüben usw. zu kaum zu erscheinenden Preisen zu kaufen. Sein Vieh ist längst veräußert, ehe die hohen Preise für Vieh kommen. Der Großgrundbesitzer hat im Verhältnis sehr wenig Vieh und kann seinen Viehstand auch in schlimmen Jahren gut durchbringen, um dann im nächsten Jahre hohe Preise für sein Vieh zu erhalten. Wir finden hier wohl den größten Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz. Wäre es nicht an der Zeit, die Futtermittelzölle abzuschaffen und die Getreidezölle herabzusetzen, um einigermäßen einen Ausgleich zu schaffen? Jeder rechtlich denkende Mensch muß heute einsehen, daß die Futtermittelzölle der Allgemeinheit keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen.

Beseitigung, nicht nur Herabsetzung der Getreidezölle ist zu fordern, da ihre Beseitigung eine stärkere Verbilligung der Futtermittel mit sich bringen muß, also auch den kleinen Landwirten zugute kommt. Abgesehen davon, daß das Hauptnahrungsmittel des Volkes, das Brot, nicht künstlich verteuert werden darf. Es gibt kein schändlicheres Gewerbe, als dem Volke die Lebensmittel zu verteuern, damit den Großgrundbesitzern der nimmerfatte Magen vollgestopft werden kann.

Die werktätige Bevölkerung muß daher immer energischer den Doppelruf erschallen lassen:  
Die Grenzen auf!

Fort mit den Getreide- und Futtermitteln, überhaupt Nahrungsmittelzöllen!

### Rundschau.

**Behörden als Streifbreviervermittler.** Vor einiger Zeit fand in Essen ein Streik der im Transportarbeiterverband organisierten Leitergerüstbauer statt. Unter den Arbeitswilligen, die von den Streikenden bewogen wurden, die Arbeit wieder niederzulegen, befand sich auch ein Arbeiter, der folgendes befandete: Er sei von der Polizei festgenommen worden, weil man ihn im Verdacht hatte, arbeitsscheu zu sein. Auf dem Essener Polizeipräsidium sei ihm von dem Kriminalschutzmännchen, der ihn verhörrte, die Abführung ins Arbeitshaus angedroht worden. Der Beamte ließ auf seine Widerrede hin, in der er beteuerte, sich wohl um Arbeit bemüht, aber keine gefunden zu haben, durchblicken, daß es doch genügend Arbeitsgelegenheit in Essen gäbe. Er nannte dabei die drei bestreikten Leitergerüstbauern Alb. Triebel, Aug. Feldbusch und Gottfr. Wiescher und schrieb ihm die Adressen der Firmen auf einen Zettel. Er machte dann die Bemerkung, daß, wenn der angeblich Arbeitsscheue dort in Arbeit trete, die Unterbringung in ein Arbeitshaus nicht stattfinden würde, andernfalls sollte er sich am andern Tage zur bestimmten Zeit im Zimmer Nr. 107 des Polizeipräsidiums wieder einfinden. Der Arbeitswillige, der diese Begebenheit der Verbandsleitung vortrug, übergab derselben als Beweis für die Wahrheit seiner Behauptung einen aus dem Polizeipräsidium stammenden Zettel, der die erwähnten Adressen und den Namen des Beamten, sowie die betreffende Zimmernummer enthielt.

Ein ähnlicher Fall wird jetzt von der Essener Eisenbahndirektion bekannt, die in letzter Zeit wegen Maßregelungen organisierter Arbeiter und Beamten recht unliebsam von sich reden machte. In dem Essener Expeditions- und Fuhrbetrieb Gebr. Hoppe befinden sich die Fuhrleute und Kutscher seit über einer Woche im Streik. Die Bewilligungen der Firma, Arbeitswillige zu bekommen, waren bisher wenig erfolgreich. Da griff die Eisenbahn der bestreikten Firma unter die Arme. Sie stellte Kottenarbeiter, die ebendrei nicht einmal fahren konnten, zur Verfügung. Wie diese befandeten, seien sie gezwungen worden, diese Arbeit zu verrichten. Bei ihrer Weigerung wären sie zweifellos entlassen worden.

**Immer wieder Unternehmerterrorismus.** Die Leipziger Fleischerinnung, die den Arbeitsnachweis für das Fleischergewerbe in Leipzig in der Hand hat, legt nach einem Sanierungsbeschlusse den arbeitstüchtigen Fleischergehilfen folgendes Schriftstück zur Unterschrift vor:

„Bei Annahme des umstehend näher bezeichneten Arbeitsverhältnisses erklärt der Geselle ausdrücklich, daß er nicht Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgehilfen Deutschlands ist, wie er sich auch weiterhin verpflichtet, diesem Verband nicht beizutreten. Sollte die vorgenannte Erklärung nicht auf Wahrheit beruhen, oder sollte der Geselle entgegen vorstehender Verpflichtung diesem Verbandsmitglied werden, so ist der Meister verpflichtet, den Gesellen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne jede Entschädigung sofort zu entlassen.“

Die Sanierungshauptlinge scheinen der Meinung zu sein, daß für sie die Gesetzgebung nicht mehr bestehen.

**Beamte und Teuerung.** Können Beamte noch so „gut gefüttert“, noch so „gute Patrioten“, im allgemeinen noch so gleichgültig sein gegen große Fragen der Zeit, — dem agrarischen Lebensmittelwucher gegenüber bleiben auch sie nicht ruhig. So sagte in Halle a. d. S. dieser Tage eine Versammlung von rätlichen und staatlichen Beamten; sie beschäftigte sich eingehend mit der bereits unheimlich gemordenen Teuerung, die nicht etwa eine vorübergehende Erscheinung, sondern fortgesetzt im Wachsen begriffen sei.

Gegen die Agrarier fielen sehr scharfe Worte. Es wurde unter anderem gesagt, ihnen sei es zu danken, daß für die minderbemittelte Bevölkerung die Fleischverehrung beinahe ganz aufgehört habe.

Der freisinnige Landtagsabgeordnete Delius glaubte sich berufen, einen „Beruhigungsversuch“ zu machen. Er hatte damit verdrüßlich keinen Erfolg. Es wurde folgende, der Reichs- und Staatsregierung zu unterbreitende Resolution einstimmig angenommen:

„Die fortgesetzt steigenden Preise der notwendigen Lebensmittel führen zu einer ungeheuren Belastung der Konsumenten. Der Druck wird nachgerade so schwer, daß es den mit geringen Einkommen

wirtschaftenden Familienvätern nicht mehr möglich ist, sich so ernähren zu können, wie es im Interesse der Volksgesundheit durchaus notwendig ist. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Einkommensverbesserungen gleichen in keiner Weise das Steigen der Preise aus. Namentlich in der Stadt Halle sind die Lebensmittelpreise unabweislich ständig besonders hoch. Die Versammlung erwartet deshalb von der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften, daß schleunigst Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um dem drückenden Notstande abzuhelfen.“

Da werden diese Beamten vergeblich warten. Wie viele mögen unter ihnen sein, die noch bei den letzten Reichstagsneuwahlen sich als Trabanten der Reaktionspolitik „bewährt“ haben? Solange die Beamten bei den Wahlen nicht mithelfen, daß eine entschiedene Opposition mehrheit in den Reichstag einzieht, nützen ihnen Klagen über den agrarischen Lebensmittelwucher nichts.

Die Fleischnot wird immer mehr zu einer ungeheuerlichen, die Volksernährung in schwerster Weise treffenden Kalamität. Das wichtigste Volksnahrungsmittel ist durch den agrarischen Lebensmittelwucher, — dem übrigens auch wucherischer Zwischenhandel sich verbindet — in einem Maße verteuert worden, wie noch nie zuvor. Der Vorstand der Berliner Fleischerinnung verbreitet folgende Erklärung:

„Die durchaus ungenügende Beschickung des Schlachtviehmarktes mit Schlachtreifen Tieren hat zu einer großen Steigerung der Preise für Schlachtvieh aller Gattungen geführt. Für Rinder und Schweine müssen jetzt Preise bezahlt werden, wie sie noch niemals gezahlt worden sind und wie sie auch keineswegs dem Herstellungswert der Ware entsprechen. Die Ursache des ungenügenden Beschlages der Schlachtviehmärkte ist allein darin zu suchen, daß unsere Landwirtschaft nicht den erforderlichen Bedarf an Schlachttieren liefert. Die Einfuhr aus viehreicheren Ländern ist aber zum größten Teil durch Verordnungen aller Art direkt unmöglich gemacht. Solange dieser Zustand fortb dauert, müssen die Preise für Fleisch und Fleischwaren weiter steigen, und es ist nicht abzusehen, daß irgendwelche Besserung dieser Verhältnisse eintritt.“

Geht das so fort, so wird der bevorstehende Winter, trotz der reichen Getreideernte dieses Jahres, einen noch nie erlebten Notstand bringen.

Wie lange noch will die Regierung diesem Unheil gegenüber sich zugunsten der Agrarier passiv verhalten? Wird sie sich nicht endlich zur Öffnung der Grenzen entschließen? Beharrt sie in ihrer Passivität, so macht sie sich einer Todsünde gegen das deutsche Volk schuldig.

**Die Wirkung der Konkurrenzklause.** Seit längerer Zeit schwebt in Mannheim ein Prozeß, den der Deutsche Werkmeisterverband (Düsseldorf) für eines seiner Mitglieder führt. Dieses, ein Werkmeister, wurde ohne Gehaltsnachzahlung entlassen und monatelang arbeitslos. Der Mann hatte nämlich einen Vertrag eingegangen, nach dem er innerhalb zweier Jahre nach seinem Dienstaustritt bei verschiedenen namhaft gemachten Firmen und in einem Umkreis von 100 Kilometern überhaupt in kein Arbeitsverhältnis eintreten darf. Als Konventionalstrafe waren 3000 M festgesetzt.

Als die Not zu groß ward — der Mann hat eine große Familie zu ernähren — nahm er in Mannheim-Niederan eine Stellung an. Während nun die Firma (Maschinenfabrik Gebr. Reuling) innerhalb 14 Tagen vom Landgericht eine Verfügung erwirkte, daß der Werkmeister sofort aus seiner Stellung auszuschleiden habe, andernfalls eine Haftstrafe von 6 Tagen und für jeden weiteren Uebertretungsfall wieder eine solche von 6 Tagen ausgesprochen wird, konnte daselbe Gericht in drei Viertel Jahren auf den Einspruch des Werkmeisters keine Entscheidung fällen. Infolgedessen arbeitete der Werkmeister ruhig weiter, bis er nun am 14. August in Haft genommen wurde.

In einer stark besuchten Versammlung des Werkmeister-Bezirksvereins wurde Protest gegen das Vorgehen des Landgerichts erhoben und die Forderung auf Errichtung von Sondergerichten für Techniker und Werkmeister aufgestellt.

**Der Schwindel von der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“** in der Fürther Ortskrankenkasse, über den die bürgerliche Presse sich seit drei Wochen aufs höchste füttert, entruhet, ist elend zusammengebrochen. Kürzlich fand die von einer Anzahl Unternehmerdelegierter beantragte außerordentliche Generalversammlung der Kasse statt, die sich bis zwei Stunden nach Mitternacht hinzog und in der den Verbreitern der Schwindelnachricht die volle Heß gemacht wurde. Eine amtliche Revision, die auf die in zwei von Unternehmerdelegierten herrührenden Flugblättern enthaltenen Vorwürfe vorgenommen wurde, stellte fest, daß bei der Kasse die Geschäftsführung in vollster Ordnung ist und zu keinen nennenswerten Beanstandungen Anlaß gibt. Trotz dieser Feststellung hielten in der Versammlung die Wortführer der Unternehmerdelegierten anfangs ihre früheren Behauptungen aufrecht und suchten sie zu begründen. Sie wurden aber in langem hitzigen Wortgefecht von den Vorstandsmitgliedern und den Arbeiterdelegierten schließlich derart matt gesetzt, daß der Fabrikant Löwensohn, einer der Unternehmerdelegierten, sich veranlaßt sah, namens aller Unternehmerdelegierten die Erklärung abzugeben, daß sie den Vorwurf einer sozialdemokratischen Mißwirtschaft, wie er in den Zeitungen gegen die Leitung der Kasse erhoben wurde, ablehnen müßten. Die Unternehmerdelegierten zogen zuletzt auch ihre zahlreichen Anträge, die sich auf eine Aenderung der Statuten im Hinblick auf die angebliche „Mißwirtschaft“ bezogen, zurück. Mit dem ganzen Schwindel ist es wieder einmal nichts geschehen, aber das

wird nicht hindern, daß er immer wieder in den bürgerlichen Heßblättern aller Richtungen neu aufgewärmt wird.

**Todesangst der christlichen Gewerkschaften.** Wie der „Kölnner Korrespondenz“ mitgeteilt wird, ist ein päpstliches Rundschreiben über die Streitigkeiten im katholischen Deutschland in Vorbereitung. Ob dieses Rundschreiben sich auch und direkt gegen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands wenden wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls halten die christlichen Gewerkschaften die Lage nicht für sehr geheuerlich und mit Recht bemerkt die „Kölnner Korrespondenz“:

„Seit der letzten Verlautbarung des Vatikan zugunsten der „Berliner“ arbeiten die Köln-Glabbacher mit Ueber-eifer an der Rettung ihrer Position. Sie wissen ganz genau, daß sie mit sachlichen Gründen nichts ausrichten können, ihre Stärke liegt auf dem Gebiete der Taktik. Mitten in ihrem Kampf auf Leben oder Tod ist ihnen nun auch der Mann (der Kardinal Fischer) gestorben, den sie ihren „Schirmherrn“ nannten und als solchen jetzt auf dem Nachener Katholikentag gepriesen haben. Trotzdem wählen sie weiter, ohne sich an das päpstliche Schweigegebot zu halten. In der Presse, in Vereinen, in Briefen, in zahlreichen vertraulichen Zusammenkünften entwickeln sie eine geradezu fieberhafte Tätigkeit. Es macht den Eindruck einer Lebensraserei vor dem Ende.“

Eine „Lebensraserei vor dem Ende“ ist gut. Die München-Glabbacher haben aber auch alle Ursache, ängstlich in die Zukunft zu schauen. Weiß doch die „Unita cattolica“, welche gute Beziehungen zum Vatikan hat, zu berichten, daß die christlichen Gewerkschaften seitens Rom nicht ungehört gelassen werden in ihren Forderungen!!! Demnach scheinen also die bittersten Stunden für die christlichen Gewerkschaften in großer Nähe gerückt.

**Polnisch-nationalistische Gewerkschaftszersplitterung.** Die polnische Berufsvereinigung hat nunmehr ihren drei bisherigen Fachabteilungen eine neue hinzugefügt. Zu diesem Zwecke fand kürzlich in Posen eine Konferenz der im Rahmen der Handwerkerabteilung der Polnischen Berufsvereinigung vorhandenen größeren Baugewerksgruppen, und zwar der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, statt. Es wurde einstimmig beschlossen, eine besondere Fachabteilung für polnische Bauarbeiter zu errichten. Zur Zeit sollen laut einer speziell veranstalteten Statistik innerhalb der Polnischen Berufsvereinigung gegen 2500 Maurer und Zimmerer organisiert sein. Zum Vorsitzenden dieser neuen Fachabteilung ist ein gewisser W. Szyszczowski gewählt worden. Gegenüber von 290 136 Organisierten im freien Zimmererverband im Jahre 1911 nimmt sich das neue Organisationsstück einfach lächerlich aus. Immerhin ist es zu bedauern, daß es sogar 2500 polnische Bauarbeiter gibt, die sich durch polnisch-nationalistische Tiraden betören lassen. Hoffentlich werden sie recht bald einsehen, daß sie erfolgreich für Verbesserung ihrer Lebenslage nur gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen wirken können und müssen, und daß es in ihrem ureigensten Interesse liegt, sich den freien Verbänden ihres Berufes anzuschließen. Für ihre sprachlich-kulturellen Bedürfnisse wird innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung nach jeder Richtung gesorgt.

**Wirkliche Volksschulbildung ist ein Uebel.** Wenigstens nach der Ansicht der Konservativen, für die „der dümmste Arbeiter der beste“ ist. Ihre Feindschaft gegen ein gutes Volkserziehungswesen ist bekannt. Die Kinder der arbeitenden Klassen sollen nicht vernünftiger Bildung zugeführt, sondern zum Helotendienst für die herrschenden Stände, Klassen und Gewalten dressiert werden. Ergo sollen die Volksschullehrer lediglich dieser Dressur dienen, und dazu soll sie die Seminarbildung befähigen.

Unter der Ueberschrift „Was wird aus unserm ländlichen Schulwesen?“ schreibt die „Kreuzzeitung“ u. a.:

„Wir sind überzeugt, daß sich in der Dorfschule weit Größeres erreichen ließe, wenn die Einrichtungen unseres ländlichen Schulwesens mehr dem Zweckmäßigkeitssprinzip entsprächen, sich mehr von allerhand Nebenabsichten frei hielten, denen oft genug egoistische und obendrein irrtümliche Sonderwünsche zugrunde liegen. Das gilt namentlich von der Ausbildung der Lehrer auf den Lehrerseminaren. Hier werden die Anforderungen an das Wissen in Literatur, Geschichte und Psychologie derartig hinaufgeschraubt, daß man verwundert fragt: Was hat das alles mit dem zukünftigen Beruf des Seminaristen zu schaffen? ... Der Seminarist soll von der Präparandie das für seine Fachbildung erforderliche allgemeine Bildungsmäß erhalten und sich auf dem Seminar dem Fachstudium zuwenden. Ist denn nicht die früher obligatorische Kenntnis des Orgelspiels für die ländlichen Schulen wichtiger gewesen als jetzt die der französischen Konjugation und der Hebbelschen Judith? ... Daß einem modernen Seminarabiturienten und Vizeselektmehel der Reserve ein Pastor nicht mehr imponiert, wen nimmt das Wunder? Daher denn die ewige Unzufriedenheit mit der Lokalschulinspektion. Der Kern des Übels ist nicht beseitigt: die Mißachtung gegenüber den ländlichen Verhältnissen, die sich wiederum auf einem falschen Bildungsbündel erhebt usw.“

Sollten diese frivolen Ausführungen des Junterblattes nicht so manchem Volksschullehrer, der seither die konservativ Partei unterstützt hat, die Augen öffnen?!

**Anschlag auf die Arbeiterjüngerschaft.** Die Königlich-Preussische Staatsanwaltschaft ist eifrig bemüht, den politischen Charakter von Arbeitervereinigungen festzustellen, um all die Einschränkungen des Vereinsgesetzes für politische Vereine auch auf die Organisationen der proletarischen Sangesbrüder anwenden zu können. Bis jetzt waren in dessen die erfolglosen Anstrengungen der Staatsanwaltschaft wenig erfolgreich. Nunmehr holt die Staatsanwaltschaft zu einem wichtigeren Anschlag auf die deutsche Arbeiterjüngerschaft aus: Am 30. Juli d. J. wurde sämtlichen Vorstandsmitgliedern des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes eine Vorladung vor Gericht zugestellt wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes. Wir glauben, daß der Königlich-Preussischen Staatsanwaltschaft

## Aus der Zigarettenindustrie.

Es ist das Verdienst einer bei Dunder und Humblot eben erschienenen kleinen Schrift von Dr. Friedrich Sternthal: „Die Heimarbeit in der Dresdener Zigarettenindustrie“ ein helles Licht auf die Lage der Heimarbeiterinnen in der Dresdener Zigarettenindustrie geworfen zu haben. Dem Verfasser ist es gelungen, 61 Heimarbeiterinnen aufzusuchen und mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen sich näher vertraut zu machen. Das Hauptkontingent der Heimarbeiterinnen sind verheiratete Frauen, die gezwungen sind, wegen des geringen Verdienstes ihres Mannes mitzuarbeiten, die aber nicht in die Fabriken gehen können, weil sie noch die verschiedenen häuslichen Arbeiten zu besorgen haben. Bevor wir an der Hand jener Arbeit Sternthals die wirtschaftliche und soziale Lage der Heimarbeiterinnen in der Dresdener Zigarettenindustrie schildern, werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der Zigarettenindustrie der letzten Jahre unter dem Einfluß der „famosen“ Tabaksteuererhöhung von 1906 und 1909. Die Zigaretten und die Zigaretten waren seit längerer Zeit das Lieblingsobjekt der deutschen Steuererhöhung. Die Finanzreform von 1906 brachte die Vondersteuer und eine Erhöhung des Einfuhrzolles sowohl auf Tabak als auch auf Zigaretten; die Finanzreform von 1909 brachte weitere Steuererhöhungen mit sich. Die Folgen dieser „Finanzreformen“ waren eine ungeheure Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitskräften und eine starke Betriebs- und Kapitalkonzentration in der Tabakindustrie verbunden mit einer Vernichtung vieler Kleinexistenzen. Eine treffliche Illustration der „Mittelstandspolitik“ der bürgerlichen Parteien. Die großen Unternehmungen verstanden es, sich auf verschiedene Weise zu helfen. Einmal durch Einführung von Maschinen, die die Zigarettenproduktion sehr stark verbilligten. „Zur Herstellung der 1050000 Stück Zigaretten wären 875 Handarbeiter erforderlich; denn die Tagesleistung eines Handarbeiters in der Fabrik beträgt durchschnittlich 1200 Stück; an den Maschinen sind aber nur nicht ganz 60 Personen beschäftigt. In Dresden arbeiten in den drei größten Zigarettenfabriken etwa 100 Hülsenmaschinen mit einer durchschnittlichen Tagesleistung von über 6 Millionen. Hülsen, etwa 60 Zigarettenmaschinen mit einer durchschnittlichen Tagesleistung von über 4 1/2 Millionen Zigaretten. Diese Maschinen leisten eine Arbeit von 4500 Handarbeitern und Hülsenklebern, während an den Maschinen nur rund 250 Arbeiter bzw. Arbeiterinnen beschäftigt sind.“ Die Folgen der Einführung von Maschinen waren eine starke Betriebskonzentration und die Vernichtung kleiner Betriebe. In einem Aufsatz in der „Süddeutschen Tabakzeitung“ wird dieser Prozeß folgendermaßen geschildert (zitiert nach Sternthal): „Die Verbilligung der Produktion durch die Maschinenarbeit, die ganz außerordentlich bei den billigeren Marken ins Gewicht fällt, ist es, die die mittleren Betriebe vernichtet hat und weiter vernichtet. Die Zigarettenindustrie war, solange sie eine Industrie mit Handarbeit war, gerade wie die Zigarettenindustrie bis vor einigen Jahren eine Industrie des Mittelstandes. Durch die überhandnehmende Einführung der Maschine wird sie immer mehr eine großkapitalistische. Die neue Erhöhung der Zigarettensteuer wird diesen Prozeß noch beschleunigen.“ Nun begnügen sich die Großunternehmungen damit nicht, Maschinen einzuführen, sondern sie suchen, und mit Erfolg, Zweigbetriebe in industriearmen Gegenden zu gründen. Sie gründeten ihre Filialbetriebe im Erzgebirge, wo den Bewohnern die einzige Erwerbsarbeit zur Verfügung stand, nämlich das Flechten von Strohhüten. Diese Arbeit wurde miserabel bezahlt. Die Zigarettenfabrikanten entlohnten sie etwas besser, und es gelang ihnen, sie für ihre Betriebe zu gewinnen. Neuerdings wurde sogar eine Fabrikshule eingerichtet, wo die schulentlassenen Mädchen im Zigaretten-drehen unterrichtet wurden. Aus welchen Gründen die Zigarettenfabrikanten diese Filiale gründeten, sagt uns Sternthal: „Bei dem großen Angebot an Arbeitskräften ist es dem Fabrikanten leicht, unter ihnen eine Auswahl zu treffen, während er in der Stadt meistens an Angeboten Mangel hat und daher nehmen muß, was sich ihm bietet. Vor allem aber kann er nach freiem Belieben die Höhe des Lohnes bestimmen, der natürlich viel geringer ist als bei den städtischen Fabrikarbeiterinnen.“ In einer Note bemerkt der Verfasser: „Ich habe die Lohnhöhe in Geising-Altendorf trotz Bemühungen an Ort und Stelle nicht beantwortet erhalten.“ Die Herren Fabrikanten scheinen ein böses Gewissen zu haben! Und weiter heißt es in der Schrift: „Denn die völlig unorganisierten Arbeiterinnen im Filialbetriebe sind schon zufrieden, wenn sich ihnen überhaupt Gelegenheit bietet, etwas mehr als bei den kärglich bezahlten Strohhutarbeiten zu verdienen; außerdem sind sie der gewerkschaftlichen Organisation wegen der Weltabgeschiedenheit ihres Ortes und einer gewissen ruffälligen Schwermüdigkeit nicht zugänglich, und also in der Lohnfrage und auch sonst (!) vom guten Willen (!) der Fabrikherren abhängig. Noch dazu bedauert für ihn dieser Mangel an Organisationsmöglichkeit einen weiteren Vorteil; denn selbstverständlich können die Arbeiterinnen in solchen industriearmen Gegenden nicht so viel Lohn beanspruchen, wie in der Großstadt, wo die ganze Lebenshaltung teurer ist, als in der Abgeschiedenheit des Gebirges. Vor Agitationen für Lohnbewegungen braucht er sich nicht zu fürchten.“ Also die Beweggründe sind ruffällige

„freie“ Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. „Denn im Hause“ des Arbeiters zu verbleiben. Sternthal konstatiert: „Als Ergebnis unserer bisherigen Betrachtung läßt sich feststellen: „Die beiden Steuergesetze von 1906 und 1909 haben die natürliche Entwicklung zur Produktion mit Maschinen stark beschleunigt; hiermit die mittlere Industrie gelähmt, die kleine vernichtet, in Händen weniger Großindustrieller ungeheure Werte angehäuft und dadurch der Gefahr einer Verdrängung der deutschen Zigarettenindustrie vorgearbeitet.“ Wie steht es um die Arbeitszeit der erwähnten Arbeiterinnen? Hier stoßen wir auf die Schwierigkeit der Feststellung. Man kann sich nur ein Bild machen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie der Tag einer Heimarbeiterin im allgemeinen verläuft. „Im großen und ganzen beginnt der Tag für diese Frauen mit der Zubereitung des Frühstücks für den Mann, der schon früh am Morgen auf Arbeit — meist in die Fabrik — geht; dann für die schon schulpflichtigen Kinder, und es muß auch für die noch nicht schulpflichtigen gesorgt werden. Darauf folgt das Reinmachen der kleinen Wohnung, die Vorbereitung des Mittagessens, das Geschirrwaschen. Dann erst beginnt die Arbeit des Zigaretten-drehens. Sie vermag günstigenfalls drei bis vier Stunden ungestört zu arbeiten. Erst abends nach dem Essen beginnt aber für die meisten Heimarbeiterinnen die eigentliche Arbeit; das fassen sie bis in die Nacht hinein vor ihrem Tisch, um das verlangte Quantum rechtzeitig zu liefern.“ Also, wenn es auch nicht exakt festgestellt werden kann, wie viel Stunden an Tage die Heimarbeiterinnen beschäftigt sind, so ist doch klar, daß sie von früh morgens bis in die späte Nacht hinein arbeiten. Sie werden zu einfachen Arbeiterinnen degradiert. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, daß sie zweimal wöchentlich die Zigaretten an die Fabrik bringen und neuen Rohstoff holen müssen, was ihnen einige Stunden raubt, wenn wir noch daran erinnern, daß die auswärtig mohnenden den weiten Weg zu Fuß laufen müssen, weil sie für die Eisenbahnkarte kein Geld haben, so bekommen wir ein richtiges Bild von den Arbeitsbedingungen dieser Arbeiterinnen. Und was verdienen sie für diese Arbeit? 6,25 bis 6,75 M. per Woche. Die Fabrikarbeiterinnen verdienen gut (?) 13 bis 15 M. in der Woche. Obwohl Mann und Frau kuffen, ist die Lebenshaltung vieler Heimarbeiterfamilien schlecht genug. Fleisch kommt höchstens Sonntags auf den Tisch. Als gebrauchliche Nahrungsmittel dienen Kartoffeln, Kaffeesurrogate, Graubrot, Hülsenfrüchte, Margarine. Speisen von besonderem Nährwert wie Butter, Obst, frisches Gemüse werden ganz vermißt. Und dann die hohen Mietpreise, die auch in dem größten teils stadtnäheren Landkreise in der Nähe Dresdens zu zahlen sind. Dabei sind die Wohnungen, — besonders in der Stadt — noch größtenteils ungesund. Es wird oft über die schlechte Heizbarkeit der Zimmer geklagt. Also frieren müssen die Leute auch! Und nun kommen die Herrn Fabrikanten und Wohltäter männlichen wie weiblichen Geschlechts und sagen, die Arbeiterfrauen seien nicht sparsam genug, sie verstanden nicht zu wirtschaften. Mit Recht bemerkt Sternthal: „Wenn einem die Not nicht sogleich ins Auge fällt, so beweist das noch nicht, daß sie vielleicht überhaupt nicht vorhanden wäre. Man kann denen nicht zustimmen, die den im ersten Augenblick freundlichen Eindruck vieler Wohnungen für ein Zeichen des Wohlergehens ihrer Bewohner halten. Man kann höchstens bestaunen, daß die Frau dann in ihren beschränkten Verhältnissen es verstanden hat, die Not ein wenig zu übertünchen.“ Die Gesundheitsverhältnisse der Heimarbeiterinnen sind sehr schlecht. Blutarmut, Krankheiten der Atemungswege und die Tuberkulose in ihren verschiedenen Formen spielen hier eine große Rolle. Nun wird öfter von den bürgerlichen Nationalökonomern und Sozialpolitikern die Behauptung aufgestellt, die Heimarbeit sei notwendig; ohne diese würden die betreffenden Arbeiterfamilien noch schlechtere Lebensbedingungen haben. Die naiven Leute merken es gar nicht, daß sie mit dieser Behauptung die schärfste Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung üben. Eine Gesellschaftsform, in der ein großer Teil der Gesellschaft zu einem so elenden Dasein verurteilt ist, wie die Zigaretten-Heimarbeiterinnen haben, verurteilt sich selbst. Vermehrten Schuß der Heimarbeiter fordern wir und Abschaffung der Heimarbeit haben die Tabakarbeiter selbst schon gefordert. Es ist aber gut, darüber im Klaren zu sein, daß es im Wesen der modernen kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt, daß die Bäume der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht bis in den Himmel wachsen. Darum muß jeder, der es mit der Bekämpfung der Mißstände in der Heimarbeit ernst meint, auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung bekämpfen, deren Begleiterscheinung die Heimarbeit ist.

Soweit unser Mitarbeiter. Wir sind in der Lage, der Arbeit des Herrn Sternthal noch ein interessantes Moment hinzuzufügen. Wie steht es um den Profit, den die Kapitalisten der Zigarettenindustrie erzielen? Nun, er ist genau so glänzend, wie die Lage der Heimarbeiterinnen der Dresdener Zigarettenindustrie dürrig ist. Am 1. April dieses Jahres verteilte die bekannte Dresdener Zigarettenfabrik G. A. Jasmagi A.-G. für das abgelaufene Geschäftsjahr 25 p. Ct. Dividende auf ihre Stammaktien, die Vorzugsaktien erhielten außerdem noch eine Dividende von 5 p. Ct. Ferner hat die Generalversammlung beschlossen,

das Aktientkapital um 4 Millionen Mark zu erhöhen. Uebrigens wurde in dieser Generalversammlung vom Vorliegen jeder Zusammenhang der Gesellschaft mit dem amerikanischen Tabaktrust rundweg abgeleugnet, obwohl dessen Eindringen in die Dresdener Zigarettenindustrie in Fachkreisen längst bekannt war. Daß die Aktien der Dresdener Zigarettenfirma G. A. Jasmagi A.-G. bereits im Jahre 1900 in den Besitz der englischen Tochtergesellschaft des Tabaktrustes übergegangen sind, wurde unter anderem vor dem Dresdener Oberlandesgericht amtlich festgestellt in dem Prozeß, den die Firma G. A. Jasmagi A.-G. gegen die Gesellschaft Jasmagi Söhne um die alleinige Berechtigung zur Führung des Namens Jasmagi anstrebte.

Die American Tobacco Co., so lautet der offizielle Name des Trustes, wurde im Jahre 1890 durch den Zusammenschluß von acht der größten amerikanischen Tabakfabriken mit einem Kapital von mehr als 600 Millionen Mark gegründet. Im Herbst 1911 wurde bekanntlich der amerikanische Tabaktrust, dessen Kapital inzwischen auf 900 Millionen Mark angewachsen war, vom obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten wegen Vergehens gegen das Sherman-Gesetz (Verabredungen zur Ausschaltung der freien Konkurrenz) zur Auflösung verurteilt. Die Auflösung bestand aber nur darin, daß die American Tobacco Co. in vier große Gesellschaften zerlegt wurde, deren vier Hauptaktionäre aber nach wie vor miteinander regelmäßig konferieren und die Geschäftsführung ihrer Gesellschaften nach gemeinsamem Plane leiten.

Mit seinen Bestrebungen zur Monopolisierung des Namens Jasmagi ist der amerikanische Tabaktrust hereingefallen, dafür ist es ihm aber gelungen, die bekannte Dresdener Zigarettenfabrik Jofetti G. m. b. H. und noch zwei weitere Dresdener Zigarettenfabriken in die Hände zu bekommen. Kolossalste Konzentration des Kapitals und grauenhafter Glend der Heimarbeiterinnen charakterisieren also die deutsche Zigarettenindustrie. Beides wurde gefördert durch die deutsche Steuererhöhung. Der Imperialismus hat nicht nur einen ungeheuer großen Magen, er hat ein noch viel weiteres Gewissen.

## Das „gute Arbeitsverhältnis“.

In der „Südd. Tabakzeitung“, Nr. 95 vom 8. August dieses Jahres, finden wir an leitender Stelle einen Artikel, überschrieben: „Zigarettenfabrikation und Handel im Handelskammerbezirk Hannover“. Der letzte Absatz dieses Artikels lautet:

„Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist ein gutes. Die Löhne sind angemessen, Lohnbewegungen und Zustände daher in der Zigarettenbranche selten. Von Einfluß auf diese Tatsache ist folgender Umstand: Während früher Zigaretten vorzugsweise mit der Hand hergestellt wurden, tritt heute die Maschine zur Herstellung von Konsummarken in den Vordergrund. Die Technik im Zigarettenmaschinenbau ist hoch entwickelt. Obwohl Maschinen amerikanischen Ursprungs vorherrschen, hat die deutsche Industrie es verstanden, sich durch fortwährende Verbesserungen auf diesem Gebiete eine führende Stellung zu erringen. Deutsche Hülsen-, Vonder- und Packiermaschinen finden in jedem größeren Betriebe weitest Ausnahme. Sie tragen mit dazu bei, die Herstellungskosten zu verringern und das Erzeugnis zu verbessern. Die mit Maschinen hergestellten Zigaretten sind heute der Handarbeitware technisch gleichwertig und in gesundheitlicher Beziehung überlegen.“

Das Geschäftsjahr war ein durchaus befriedigendes und läßt eine weitere gute Entwicklung auch für die Zukunft erwarten.“ Es sei gestattet, diesen Ausführungen einige kritische Bemerkungen entgegen zu setzen. In Hannover ist es den Fabrikanten gelungen, bei der Handarbeit die männliche Arbeitskraft fast gänzlich zu verdrängen und die Arbeitskraft von widerstandsunfähigen Frauen und Mädchen an ihre Stelle zu setzen. Von angemessenen Löhnen zu reden ist geradezu frivol, wenn man sich vor Augen führt, daß trotz der ins Ungemessene gestiegenen Belastung der Arbeiterkraft durch Zölle und Steuern eine nennenswerte Lohnaufbesserung der Zigarettenarbeiter Hannovers in den letzten Jahren nicht stattgefunden hat. Bedingt der immer weiteren Ausbreitung der Zigarettenmaschine, die Arbeiter in Masse freisetzen, haben es die Zigarettenfabrikanten Hannovers zu verdanken, wenn von Lohnbewegungen keine Rede ist. Es wäre aber dringend notwendig, daß die Kolleginnen in Hannover sich endlich auf sich selbst besinnen.

Es ist wahr, der Zigarettenmaschinenbau hat in wenigen Jahren einen Grad der Vollkommenheit erreicht, den man zurzeit des Eintretens der Vondersteuer nicht für möglich gehalten hätte. Doch ist es eine Uebertreibung, zu sagen, daß die Maschinenzigarette der Handarbeitzigarette technisch gleichwertig und in gesundheitlicher Beziehung überlegen sei. Bei der Handarbeit wird vor allem verlangt, daß die Zigarette (vor allem die Zigarette ohne Pappmundstück) feste Köpfe habe und daß der kurze Tabak, der mit verarbeitet werden muß, kunstgerecht verteilt sei. Beides läßt die Maschinenarbeit vermissen. Auch wird von guter Handarbeit verlangt, daß der Tabak entsprechend seiner Beschaffenheit, Feuchtigkeit und so weiter behandelt wird. Auch damit hapert es bei der Maschinenarbeit sehr. Die modernen Zigarettenmaschinen verteilen den Tabak gleichmäßig, ohne Rücksicht auf den kurzen Tabak, in der Zigarette. Bei längerem Saugen und vor allem beim

transport fallen vielfach die Köpfe aus und dem Raucher fliegt der in der Zigarette vorhandene Tabakstaub in den Mund, wo er den den Maschinenzigaretten eigentümlichen bitteren Geschmack erzeugt.

Weiter läßt es sich bis heute nicht vermeiden, daß der Tabak den Dunst des beim Reinigen der Maschine verwendeten Petroleums und Benzins anzieht. Daß dadurch der Geschmack der Zigarette verbessert wird, wagt wohl niemand zu behaupten. Der Raucher will aber für sein Geld eine gute, einwandfreie Zigarette. Was wissen unsere Fabrikanten genau und verschweigen daher, namentlich bei den besseren Sorten, dem Publikum ängstlich die Art der Herstellung der Zigaretten. Woher kommen wohl sonst hin und wieder sogar große Fabrikanten auf die Idee, dem Publikum bestimmte Marken als „garantiert reine Handarbeit“ zu empfehlen? Warum wird, wenn die Maschinenarbeit so vorzüglich ist, bei andern Marken Hand- und Maschinenarbeit gemischt? Warum gehen namentlich kleine Fabrikanten in der Täuschung des Publikums so weit, daß sie sogar Maschinenarbeit als Handarbeit empfehlen? U. v. g. B. K.

## Ausländische Gewerkschaften im Jahre 1911.

### Die englischen Gewerkschaften.

Dem Berichte des englischen Arbeitsamtes über die Gewerkschaften entnehmen wir, daß Ende 1911 nicht weniger wie 1168 Gewerkschaften mit 3 010 346 Mitgliedern (gegen 1163 mit 2 440 729 Mitgliedern im Jahre 1910) bestanden. Die Steigerung der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt mit 23,3 Prozent ist die größte jemals erreichte. Die Gewerkschaften der See- und Hafenarbeiter verdreifachten ihre Mitgliederzahlen. Die Entwicklung der Gewerkschaften in den verschiedenen Industriezweigen veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Industriezweig	Mitgliederzahl	
	Ende 1902	Ende 1911
Baugewerbe	245 799	193 697
Bergbau, Steinindustrie	532 586	708 964
Metall-, Maschinen- u. Schiffbau	337 293	377 556
Textilindustrie	248 945	357 524
Bekleidungsindustrie	64 094	68 333
Eisenbahnen	74 727	138 887
Straßenbahn- und andere Landtransportbetriebe	34 674	41 950
Seeleute, Hafenarbeiter	59 426	63 369
Buchdruckgewerbe	59 062	68 221
Verschiedene Berufe	198 787	278 719
Allgemeine Arbeiter	109 956	126 136
<b>Insgesamt</b>	<b>1 965 349</b>	<b>2 422 856</b>
Abnahme od. Zunahme seit d. Vorjahr	- 0,7	+ 13,9

Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 125 425 im Jahre 1902 auf 221 283 im Jahre 1910 und 272 558 im Jahre 1911; davon sind über 60 Prozent in der Textilindustrie beschäftigt.

Gewerkschaftsverbände bestanden 110 Ende 1911, mit zusammen 3 812 599 Mitgliedern, doch sind dabei viele Mitglieder mehr wie einmal gezählt, weil ihre Gewerkschaften mehreren Interessensverbänden zugleich angehören. Die eigentliche gewerkschaftliche Landeszentrale, deren Hauptaufgabe die Streikrückversicherung ist und der daher nur kleinere und mittlere Gewerkschaften angehören, zählte 861 482 Mitglieder gegen 710 994 im Vorjahre, die Föderation der Bergarbeiter 588 000, die Föderation der Maschinen- und Schiffbauergewerkschaften 401 472, und die im Berichtsjahre gegründete Transportarbeiterföderation hatte 200 185 Mitglieder.

Ende 1911 bestanden 247 Gewerkschaftskartelle mit 1 176 551 Mitgliedern, das sind 16,4 Prozent mehr als im Vorjahre. Durch die ungeheuren wirtschaftlichen Kämpfe konnten also die Unternehmer die englischen Gewerkschaften nicht vernichten, sie haben sogar eine kolossale Stärkung erfahren.

### Die schweizerischen Gewerkschaften.

Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht in seinem Organ, der „Gewerkschaftschronik“, den Bericht über die Entwicklung und Stand der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911, der erfreulicherweise kein ungünstiges Bild bietet. In dessen weite es keinen einheitlichen Zug auf, was durch die widerspruchsvolle Gestaltung der Wirtschaftslage für die verschiedenen Industrien verursacht ist. Die Maschinen- und Uhrenindustrie z. B. erfreute sich eines sehr guten Geschäftsganges, während die Textil-, Schuh- und Lederindustrie weniger prosperierte. Einzelne Industrien, wie die Steinindustrie, befanden sich im Niedergang, und zwar infolge des Ueberhandnehmens der sogenannten „Kunststeine“ (aus Zement). Die starke Einwanderung fremder Arbeitskräfte, große Fluktuation der Arbeiterschaft, Vorherrschen der unqualifizierten und weiblichen Arbeiter sind weitere Hemmnisse der fortschreitenden Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.

Unter diesen Umständen gestalteten sich die Verhältnisse der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung im Vergleich mit dem Jahre 1910 so:

	1911	1910
Bauarbeiter	976	929
Textilgewerkschaften	127	113
Gemeinde- und Staatsarbeiter	2 655	2 578
Handel- und Transportarbeiter	1 249	1 128
Handarbeiter im graphischen Gewerbe	1 000	943
Holzarbeiter	7 016	6 845
Handwerker	261	241
Bekleidungs- und Bekleidungsarbeiter	3 848	3 200
Lehrer	1 383	1 436
Büchler	819	717
Buchhändler	2 094	2 110
Kaufleute	3 414	3 397
Arbeiter und Handwerker	1 316	2 400
Metallarbeiter	13 425	12 749
Schneider	1 945	1 776
Textil- und Lederarbeiter	1 570	1 676
Textilarbeiter	6 489	7 061
Textilmaschinen	12 106	11 481
Textilmaschinen	3 669	3 369
Uhrmacher	11 200	9 474
Zimmerleute	1 706	1 660
<b>Summe</b>	<b>78 119</b>	<b>76 344</b>

Von den 21 Verbänden erlitten im Berichtsjahre 17 eine mehr oder weniger erhebliche Mitgliederermehrung, während 4 Verbände einen Mitgliederrückgang aufweisen, der beispielsweise bei den Leberarbeitern durch die schwere Krise in der Schuh- und Lederindustrie verschuldet wurde. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes von 75 344 auf 78 119, wobei die aufsteigende Tendenz größere Bedeutung besitzt als der absolute Zuwachs an sich. Tritt nicht wieder eine neue allgemeine Wirtschaftskrise störend dazwischen, so wird das laufende Jahr 1912 weitere Fortschritte bringen.

## Wieder ein christlicher Streikbruch in Westfalen.

Die Kollegen der Firma M. Steinweg in Rheda beschloßen, in eine Lohnbewegung zu treten. Da Steinweg eine Filiale im benachbarten Wiedenbrück hat, setzten sich die Rhedener Kollegen mit den Wiedenbrücker in Verbindung. Die Wiedenbrücker stimmten einem Vorgehen gegen die Firma zu.

Während nun die 6 Rhedener Kollegen im Deutschen Tabakarbeiterverband organisiert sind, gehören die 9 Wiedenbrücker dem „christlichen“ Tabakarbeiterverband an. Gemeinsam setzten nun Freie und „Christen“ die Lohnforderung auf. Von jeder Richtung unterschrieben einer. Die Firma lehnte jedes Entgegenkommen ab. Nun sollte am Sonnabend, 10. August, gekündigt werden. Da er sich der „Christliche“ Röss auf dem Plan. Er verlangte, daß, ehe gekündigt werde, noch einmal eine Verhandlung bei der Firma nachgeschickt werde. Am Mittwoch, 14. August, fand diese Verhandlung statt. Die Verhandlung war resultatlos. Nun wollten auch die „Christen“ sofort kündigen. Röss lehnte dieses aber ab und erklärte, er wolle erst noch mit Gauleiter Schlichter vorstellig werden. Schlichter, der schon lange den Kollegen in Rheda gesagt hatte, daß der „christliche“ Pferdefuß sicher noch zum Vorschein käme, wollte nun den „Christen“ keinen Grund geben, schon jetzt abzuspringen und wanderte am Freitag, 16. August, mit Röss zu Moses Steinweg. Die Verhandlung war ohne Erfolg. Steinweg erklärte, daß er die billigen Zigarren in Süddeutschland machen lassen wolle. Als die Freien nun zur Kündigung drängten, erklärte Röss auf einmal, er habe noch keine Erlaubnis von seinem Vorstand. Bei Einreichung der Forderung hatten die „Christen“ mit dieser Erlaubnis schon geprunkt. Man einigte sich schließlich, daß am Sonnabend, 17. August, beide Richtungen in Wiedenbrück zusammenkommen wollten, wo dann über Einreichung der Kündigung beschloßen werden sollte. Röss trabte nun schleunigst nach Wiedenbrück. Am andern Tage kam nun doch der „christliche“ Pferdefuß zum Vorschein in Gestalt eines Briefes. Die „Christen“ schrieben, daß sie beschloßen hätten, nicht zu kündigen. Sie teilten dieses brieflich mit, damit die Rhedener wegen des schlechten Wetters nicht nach Wiedenbrück zu kommen bräuchten. Am Sonnabend morgen haben die Christen dann für sich allein mit Steinweg verhandelt. Steinweg hat den „Christen“ versprochen, daß sie die bessere Arbeit machen sollten. Es wurde ein Bündnis abgeschlossen gegen die Freien. Die „Christen“ nahmen alle Forderungen reumütig retour. Dieses Verhalten soll Röss ihnen am Freitag diktiert haben. Denselben Abend wurde sämtlichen Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes gekündigt. Die „Christen“ lehnen jede Solidarität ab. Jude und Christ kämpfen nun verbündet gegen die freiorganisierten Tabakarbeiter. So sieht die Szene der „Christen“ aus. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, auf die Firma M. Steinweg in Rheda acht zu geben.

## Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Rinn & Kloos, Henschelheim, Filialfabrik Wismar bei Sieben.

Nachdem uns erst vor kurzer Zeit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zigarettenfabrik bei der Firma Rinn & Kloos in Henschelheim Veranlassung zur öffentlichen Kritik im „Tabak-Arbeiter“ gegeben hatten, sind es heute die Mißstände in der Filialfabrik dieser Firma in Wismar, die wir an das Licht der Öffentlichkeit ziehen müssen. Das Material (Deckblatt, Umblatt, Einlage), das die Firma ihren Zigarren- und Wickelmachern zur Verarbeitung gibt, ist derartig schlecht, daß es bald nicht möglich ist, etwas zu verdienen. Trotz des schlechten Materials wird aber das menschenunmöglichste verlangt. Das Deckblatt wird abgezählt, und so viel wie herausgezählt ist, müssen auch die Arbeiterinnen und Arbeiter herausbringen. Um nun die Arbeiterschaft zu immer größerer Leistung anzutreiben, hat die Firma das Prämienystem eingeführt. Der Verbrauch des Materials (Deckblatt) wird wöchentlich bezw. monatlich ausgerechnet, und erhalten diejenigen, die noch mehr, als verlangt wird, herausbringen, eine Prämie, die allerdings auch recht mager ist. Leider glauben die Arbeiter noch sehr oft, dies wäre ein Geschenk. Sie merken aber gar nicht, daß dieses Prämienystem nur ein Antreibemittel ist zu immer größerer Arbeitsleistung, um den Profit der Firma zu steigern. Denn wollen die Arbeiter noch mehr, als verlangt wird, aus dem Material herausbringen, so ist dies nur durch die größte Anspannung und Geschwindigkeit möglich, wodurch aber weniger an Stückzahl fertig gebracht und weniger verdient wird. Also ein Verlust, der durch die Prämie nicht ausgeglichen wird. Außerdem ist dieses System auch dazu angefaßt, unter die Arbeiter Zwietracht zu säen. Dies ist der Zweck der Übung. Je mehr die Arbeiter sind, desto lieber ist das der Firma. Möchten dies doch bald die Eckarbeiter und Arbeiterinnen in Wismar einsehen und auf diese Prämie verzichten. Sie sollten sich dem Verbeide anschließen und durch die Macht der Organisation einen anständigen Lohn erstreben. Hinweg mit diesem nichtswürdigen Prämienystem! Her mit dem anständigen Lohn!

Aber noch ein anderes System ist es, das zur schärfsten Kritik herausfordert. Es ist dies das Ausschusssystem. Bei den geringsten Fehlern werden Zigarren ausgeschossen und die Ausschusszahl nicht bezahlt. Dies anzusehen ist

garrig werden aber nicht aufgemacht, sondern wie die andern Zigarren in Kisten verpackt nach dem Hauptgeschäft verpackt. Ob dieselben dann als Ausschuss betrachtet werden, bezweifeln die Arbeiter, da ihnen die Kontrolle darüber fehlt. Es ist jedenfalls ungerecht, soweit Ausschuss zu machen und diese den Arbeitern nicht zu bezahlen, da sie doch verkauft werden. Daß das ein profitables Geschäft ist, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß in dieser Fabrik zirka 60 Zigarrenroller bezw. Kollerinnen und 40 Wickelmacher beschäftigt werden. Durchschnittlich entfallen auf jeden Zigarrenmacher pro Tag 8—10 Ausschuss (teilweise noch mehr). Die Wickelmacher müssen pro Woche 80—90 Wickel für Ausschuss nachliefern. Mithin spart die Firma pro Woche für zirka 3000 Zigarren den Arbeitslohn; das ergibt eine „Ersparnis“, welche den armen Arbeitern abgezwaht wird, von zirka 1000 M pro Jahr in einer Filiale. Dieses System treibt solche Blüten, daß die Fabrik in Wismar von den dortigen Arbeitern und Arbeiterinnen als Schußfabrik bezeichnet wird. Und der Werkführer der Firma zeigt sich bei dem System als getreuer Diener seines Herrn. Aber die Behandlung der Arbeiterinnen seitens dieses Herrn (Ludwig Schwalb ist sein werter Name und Wiesed sein Heimatort) läßt viel zu wünschen übrig. Ältere verheiratete Frauen, die ihn wohl mit Sie anreden, redet er einfach mit du an. Aber auch allerhand „Rosenamen“ schleudert dieser Herr den Arbeiterinnen ins Gesicht. So kommt es vor, daß er verheirateten Frauen, die aus familiären Gründen statt morgens um 7 Uhr um 7¼ oder ¾ Uhr zur Arbeit kommen, durch den Saal nachruft: „Die Faulenzner!“ Jedenfalls ist das Los der Arbeiterinnen, besonders der verheirateten, ein härteres und schwereres als das des Werkführers Herrn Schwalb. — Auch noch andere „Schmeichelnamen“ hat der Wortschatz dieses Herrn für die Arbeiterinnen, so z. B. tituliert er öfters Frauen als „Zwiebellies“. Das ziemt sich nicht. Der „Herr“ weiß, wie die Leute in der Fabrik heißen, und es erfordert die Anstandsspflicht, daß er die Leute mit ihrem richtigen Namen anredet. Ob die Firma mit dem Verhalten ihres Werkführers einverstanden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Den Arbeiterinnen der Firma Rinn & Kloos aber möchten wir empfehlen, es nicht dabei zu belassen, fortwährend über die Mißstände und Behandlung zu klagen, sondern durch Anschluß an den Deutschen Tabakarbeiterverband dafür zu sorgen, daß derartige Zustände beseitigt werden. Sind die Arbeiter einig, so brauchen sie sich derartige Behandlung nicht gefallen zu lassen. Die Organisation wird sie zu schützen wissen. Deshalb: Hinein in den Deutschen Tabakarbeiterverband!

## Mitteilungen aus dem Beruf.

**Die Tabakfabrikation Amerikas.** Nach dem Bericht des Zensus-Amtes war die Tabakfabrikation unter den Industrien Amerikas im Jahre 1909 an erster Stelle. Sie wurde in 15 822 Etablissements betrieben und beschäftigte 197 637 Personen. Das in ihr angelegte Kapital war 245 660 484 Dollar und die Gesamtausgaben für Rohmaterial: bezifferten sich auf 416 695 104 Dollar. Der durch die Weiterverarbeitung entstandene Wert wird auf 239 509 483 Dollar angegeben. Der Hauptstich der Industrie ist Pennsylvania, wo sie 33 188 Personen beschäftigte, dann kam Neuport mit 30 919 Arbeitern.

Kuba produzierte im Jahre 1910 Tabakfabrikate im Werte von 26 090 781 Dollar, während 1911 der Betrag 25 920 777 Dollar war. Davon wurden auf der Insel selbst 13 585 539 Dollar verbraucht. An nicht weiter verarbeiteten Tabak brachte Kuba 308 479 Ballen zum Versand ins Ausland, der Wert dieser Ausfuhr betrug 17 193 376 Dollar. Im Jahre 1911 bezifferte sich der Durchschnittswert der von der Insel ausgeführten Zigarren auf 68,83 Dollar per 1000 Stück, während der der Zigaretten 28,35 Dollar per 1000 Schachteln war.

**Rauchende Damen in den Vereinigten Staaten.** Es hat sich in Washington ein förmlicher Kreuzzug gegen jene Frauen gebildet, die sich in öffentlichen Lokalen dem Rauchvergnügen hingeben. In Neuport ist wohl erklärt worden, daß die „Board of Aldermen“ kein Recht habe, den Frauen das Rauchen in der Öffentlichkeit zu verbieten. In Washington jedoch ist man durchaus gegen diese weibliche Emanzipation außerhalb der häuslichen Wände. Obwohl dem Gesetze nach nicht dazu berechtigt, haben dennoch die Direktoren der großen Cafés und Restaurants von Washington geglaubt, daß sie ganz gut eine Dame, die in ihrem Lokal eine Zigarette in Brand gesteckt, erfuchen dürfen, diese auszulöschen. In einem der größten Cafés, dem Café „Republique“ ist der Zutritt zum Grill-room und zum Speisesaal der Raucherin unterlag. Kürzlich konnte man jedoch in den illustrierten Zeitungen der Vereinigten Staaten das Porträt einer Mrs. Croix Bidle sehen mit folgendem erklärendem Text: „Mrs. Croix Bidle ist die kühnste Frau Nordamerikas. Sie ist es, die es gewagt hat, im Restaurant „Bellevue“, dem ersten gastronomischen Etablissement von Philadelphia zu rauchen und ihre Zigarette ohne jeglichen Einwand verpuffen durste.“

Diese Manifestation war die Entgegnung auf den Ausspruch eines Oldermans von Neuport, N. Doerling, der ein Gesetz wollte votieren lassen, welches der Frau das Rauchen in öffentlichen Lokalen untersagt. Das Projekt lautete: „Die Frauen der guten Gesellschaft würden um alles Gold nicht in der Öffentlichkeit rauchen, um kein böses Beispiel zu geben. Das sind die anderen, die Frauen der schlechten Manieren, jene, die das Gefühl der Bescheidenheit vollends abgestreift haben, von denen das schlechte Beispiel kommt. Man muß aus der Union dieses entwürdigende Vaster entfernen.“

**Verstaatlichung.** Unter dieser Stichmarke wird der „Süddeutschen Tabakzeitung“ geschrieben:

„Immer wieder taucht das Gerücht auf, daß seitens der Regierung der feste Plan vorläge, in einigen Jahren das gesamte Tabakgewerbe zu verstaatlichen. Wir glauben nicht, daß diese Absicht ernstlich besteht. Denn welchen Wert sollte wohl eine Verstaatlichung des Tabakgewerbes für die Regierung haben. Die unendlich vielen und hohen Abzugsnummern, die zu zahlen wären, würden

ein derartig großes Kapital absorbieren, daß die Verstaatlichung der Tabakindustrie dem Staat niemals wirklich große Summen einbringen könnte.

Es gibt aber für den Staat weit ergiebigere Quellen für Steuereinnahmen und Professor Adolf Wagner hat uns auf dem diesjährigen evangelisch-sozialistischen Kongress in Essen dieselben vor Augen geführt: Es ist die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues, der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, eventuell auch des Spiritus- und Petroleumabsatzes. Wenn wir auch durchaus nicht der Monopolisierung einzelner Gewerbe durch den Staat das Wort reden wollen, so ist es doch wichtig, daß wir uns diese Tatsache vor Augen halten und sie immer wuchtig betonen, wenn von anderen Industrien mit so deutlicher Betonung, daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist, darauf hingewiesen wird, daß das Tabakgewerbe über kurz oder lang verstaatlicht werden würde."

Sowohl Optimismus ist keinesfalls am Plage.

### Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

**Kristiania (Norwegen).** Vom Vorstande des „Tobak-erb. Forbundet i Norge“ werden vier ersucht, bekannt zu geben, daß bei der Firma S. Petterois Differenzen bestehen. Wir ersuchen im besonderen die Kollegen aus der Sortierbranche, sich nicht verleiten zu lassen, in Kristiania in Arbeit zu treten. Haltet den Zuzug streng fern.

**Heine (Prov. Hann.).** Die Differenzen im Betriebe der Firma F. S. H. W. e. r. d. f. e. g. e. r sind erledigt. Der Zuzug ist frei.

**Wittenberg (Prov. Sachsen).** Die Firma Wirtschaftsgenossenschaft für Zigarren- und Tabakfabrikation G. m. b. H. erhöhte nach eingereichter Forderung die Löhne um 1 M. pro Mille. Der Minimallohn beträgt 9 M. pro Mille. Der Wochenlohn des Sortierers wurde auf 25 M. erhöht.

**Leipzig.** Die eingeleitete Bewegung der Sortierer hat infolgedessen einen Erfolg zu verzeichnen, indem die Firma H. S. a. s. h. e. Lohnzulagen in Höhe von 10 bis 15 Prozent bewilligte und die von den Sortierern zu verrichtenden Nebenarbeiten erließ. Letztere inbegriffen, beträgt die bewilligte Lohnverbesserung 20 Prozent. Die übrigen Firmen haben noch nicht bewilligt, u. a. die Firma U. p. e. l. & B. r. u. n. n. e. r, bei der die Sortierer die Arbeit einstellen. Vor Zuzug nach Leipzig wird gewarnt.

**Vietsfeld und Umgegend.** Mit der Firma S. F. i. n. g. b. e. r. g. in B. r. a. c. k. m. e. d. e wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Firma zahlt einen Minimallohn von 10 M. pro Mille bei Lieferung mit der Rippe aufgesetzter Decke, feuchtem Umblatt und fertiger Einlage. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56 Stunden.

**Galtan i. Schl.** Die Firma E. r. n. s. t. S. c. h. m. i. d. t. erhöhte die Löhne bei allen Sorten um 50 S. und bei Vorsteilenden-Decke um 1 M. pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr pro Mille 5,50 M. für Zigarrenmacher und 3 M. für Wickelmacher. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 55 Stunden festgesetzt. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Enger i. Westf.** Die bestreite Firma W. S. e. l. l. m. a. n. n. erhöhte die Löhne bei einer Sorte um 50 S. pro Mille und hat sich nunmehr auch bereit erklärt, alle am Streik Beteiligten wieder einzustellen. Der Streik ist beendet und die Sperre aufgehoben.

**Galtan a. S.** Der Streik bei den Firmen G. M. a. t. h. u. s. i. u. s. (Sitz Magdeburg) und G. S. c. h. u. l. z. e. dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Bernburg (Anhalt).** Bei der Firma G. o. r. g. e. s. & B. r. a. u. m. a. n. n. stehen die Kollegen im Streik, da die Firma sich weigerte, Lohnaufbesserungen zu gewähren. Zugleich stehen auch die Kollegen bei H. K. o. c. h. & C. o. m. p. in Bewegung. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

**Frankenhäufen a. Kyffh.** Der Streik bei der Firma K. a. b. e. n. e. r. & B. e. d. e. r. dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Kleinmalmerode (Prov. Hessen).** Die Aussperrung bei der Firma P. G. H. o. s. s. e. W. i. v. e. (Sitz Hanau) dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Berle i. Westf.** Die Bewegung bei der Firma C. a. p. r. a. u. o. & S. r. u. h. u. ist noch nicht beendet. Die Firma weigert sich hartnäckig, auch nur bescheidene Lohnaufbesserungen vorzunehmen. In allen drei Betrieben haben die Arbeiter die Kündigung eingereicht. Bedauerlicherweise wollen 20 christlich organisierte Mitarbeiter, die erst zum Vorgehen drängten, nunmehr und auf Geheiß, wie verlautet, Arbeitswilligendienste verrichten. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Alheda i. Westf.** Die eingeleitete Lohnbewegung führte zur Arbeitseinstellung, da die in Frage kommenden Firmen sich weigerten, einigermaßen annehmbare Lohnverbesserungen eintreten zu lassen. Die Arbeitseinstellung erfolgte bei den Firmen S. M. i. b. r. e. c. h. t., C. C. o. s. f. e. l. d., T. h. S. a. r. k., F. r. J. d. e., S. L. e. w. e. d. e., S. P. e. t. e. r. s., F. r. S. c. h. u. l. t. e. Bei der Firma W. S. t. e. i. n. w. e. g. läuft die Kündigung am 31. August ab. Die christlich organisierten Mitarbeiter im Filialbetriebe letzterer Firma in W. i. e. d. e. n. b. r. ü. c. k., die mit Zustimmung des christlichen Bezirksleiters H. b. ö. s. ein gemeinsames Vorgehen beschließen hatten, wollen nunmehr, ebenso wie in Berle, Arbeitswilligendienste leisten. Das wahre Gesicht der „Christen“ kommt zum Vorschein. Nicht „liebe deinen Nächsten“ ist ihr Wahlpruch, sondern „verrate deinen Mitarbeiter“. Den Tabakarbeitern Westfalens werden nun doch wohl die Augen geöffnet werden. Vor Zuzug nach den namhaft gemachten Betrieben in Alheda und Wiedenbrück wird streng gewarnt.

**Salzflus (Rippe-Vetmold).** Die Firma A. u. g. B. r. i. n. l. a. n. n., bei der so wie so recht schlechte Lohnverhältnisse herrschen, lehnte es ab, die bescheidenen Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, worauf es zur Arbeitseinstellung kam. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Leopoldshöhe i. S.** Der Streik bei der Firma C. G. r. ö. p. e. l. dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Firma i. S.** Die Firma F. W. P. a. g. e. l., J. n. h. G. e. o. r. g. E. i. s. h. o. l. z., lehnte die bescheidenen Forderungen der Arbeiter ab, worauf diese am 18. Juli d. J. in den Streik traten. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Striegau und Peterswalbau i. Schl.** Der Streik bei der Firma S. c. h. a. r. n. k. e. & C. o. m. p. in Striegau und Peterswalbau dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Wusterhausen a. d. D.** Der Streik bei der Firma C. K. e. i. s. t. im Betriebe in W. u. s. t. e. r. h. a. u. s. e. n. dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

**Schönlank (Prov. Posen).** Der Streik bei den Firmen E. d. e. r. s. d. o. r. f. & R. o. s. e. n. b. e. r. g., S. G. r. ü. n. b. a. u. m., U. W. i. l. l. S. ö. h. n. e. dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

### Berichte.

**Marburg.** Organisationsfeindschaft der Tabakfirma Stephan Niederehe & Sohn. Diese Firma, die in Marburg Rauch- und Raubtabakfabrikation betreibt, hat es bisher recht gut verstanden, durch Zahlung von wahren Zammerlöhnen ihre Arbeiter im weitesten Maße auszubehuten und sich dadurch enorme Reichtümer gesammelt. Die Raubtabakarbeiter verdienen bei anstrengender Arbeit kaum 20 bis 21 M. pro Woche, die Rauchtabakarbeiter noch bedeutend weniger. Daß solche Löhne bei den teuren Marburger Verhältnissen nicht ausreichen, um ein einigermaßen anständiges Leben führen zu können, ist vollständig klar. Der deutsche Tabakarbeiterverband hat sich denn auch schon seit Jahren bemüht, die Tabakarbeiter dort der Organisation zuzuführen, um ihnen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Lange jedoch war jede Mühe vergebens, bis vor einiger Zeit eine kleine Zahl ihrer Beitritt zur Organisation erklärte. Schon zu Anfang dieser Bewegung glaubte die Firma einen Schreckstoß abgeben zu müssen, indem sie gleich einem Arbeiter die Entlassung gab. Doch die Organisation hielt trotzdem ihren Einzug. Als die Firma nun merkte, daß dies nichts half, ließ sie weitere Mißen springen. Sie merkte, daß es gäbe unter ihren Raubtabakarbeitern und setzte am Samstag einem weiteren Arbeiter, von dem sie wußte, daß dieser dem Verlande angehört, und auch verurteilt, seine übrigen Kollegen zu gewinnen, einfach den Stuhl vor die Tür, angeblich wegen Arbeitsmangels. Dies glaubt aber niemand, kann niemand glauben, da Montags vorher noch ein junger Arbeiter eingestellt wurde, und auch gerade von der Sorte Raubtabak (wie auch allgemein), an der dieser Arbeiter beschäftigt war, wenig oder gar kein Vorrat vorhanden ist. Das ganze Verfahren entpuppt sich als eine direkte Organisationsfeindschaft der Firma Niederehe. Auch wollen Schmarotzer, die so charakterlos sind und dem Chef alles anbringen, schon wissen, daß weitere Maßregelungen folgen sollen. Diese Schmarotzer waren auch über diese Maßregelung schon vorher orientiert. Der entlassene Arbeiter, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, Heinrich Wötner aus Cappel bei Marburg, war nun seit zwölf Jahren bei der Firma beschäftigt, und zwar, wie aus dem Zeugnis, das er bekam, hervorgeht, hat sich derselbe stets gut geführt und war die Firma mit seinen Leistungen zufrieden. Und trotzdem Entlassung! Daß dies nicht wegen Arbeitsmangels geschah, fühlt ein Minder mit dem Kräfteverstand. Das beweisen schon die anzüglichen Redensarten seit der Zeit, als die Organisation ihren Einzug hielt. Wenn aber die Firma glaubt, durch derartige Maßregeln die Organisation aus ihrem Betriebe fernzuhalten, so irt sie sich. Man kann ja ihren Schmerz verstehen, wie sie zusehen muß, daß ihre Arbeiter, die bisher in fester Notmäßigkeit gehalten wurden, nun von dem Organisationsgedanken durchdrungen werden. Aber die Entwidlung läßt sich auch durch Herrn Niederehe nicht aufhalten. Außerdem hat die Arbeitererschaft genügend Mittel und Wege, solchem Druck entgegenzutreten. Wir möchten der Firma zu bedenken geben, daß die Tabakarbeiter auch gegebenenfalls von der gesamten organisierten Arbeitererschaft unterstützt werden. Dem schließlich sind es doch vorwiegend Arbeiter, die den Raubtabak konsumieren, und keine Bourgeois. Schon mancher Fabrikant ist durch die Selbsthilfe und Solidarität der Arbeiter dazu gezwungen worden, die Organisation seiner Arbeiter anzuerkennen. Die Arbeitererschaft ist auch eventuell in der Lage, auf den Genus des Raubtabaks von der Firma Niederehe & Sohn, Marburg, zu verzichten, wie sie auch verzichten kann auf den Genus von Zigarren, die in Filialfabriken fabriziert werden, und Zigaretten, die diese Firma ohne Arbeiter durch Maschinen herstellen läßt. Der Boykott ist gewiß das letzte Mittel im wirtschaftlichen Kampfe. Aber wenn sich die Arbeitererschaft nicht anders helfen kann, wird sie auch diese zweifelhafte Waffe benutzen, um der Firma klar zu machen, daß ihre Arbeiter ein Recht haben, sich zu organisieren. Hoffentlich genügen diese Zeilen, die Firma Niederehe zu veranlassen, den Bogen nicht zu straff zu spannen, sondern ihren Arbeitern das Selbstbestimmungsrecht, was ihnen gesetzlich zusteht, auch zu lassen. Andernfalls ist die Organisation, und mit ihr die übrige Arbeitererschaft gezwungen, dazu Stellung zu nehmen, um die notwendigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

**Wanzen in Schl.** Nicht weit von der Residenzstadt Breslau liegt das Städtchen Wanzen mit seinen 2000 Einwohnern, welche sich zum Teil durch die am Orte befindlichen drei größeren Zigarrenfabriken ernähren. Von den drei Betrieben ist die Berliner Firma, F. Neumann eine der größten und die einzige, welche am Orte mit circa 20 Sortierern arbeitet. Nicht etwa, um ihre Fabrikate teurer anzusetzen zu lassen, im Gegenteil sie zahlt für die Ringarbeit 1,50 und 1,90 M. pro Mille ohne Sortierlohn, wogegen in Breslau 3,00 und 3,50 M. dafür gezahlt werden. Diese Arbeit ist in der Zeit von August bis Ende November in Blüte. Die Lebensverhältnisse sind hier als sehr teuer zu bezeichnen, auch die Wohnungsmieten. Kommt nun der Herbst heran, da werden in verschiedenen Zeitungen die Sortierer gesucht, und es finden sich auch immer hier und dort organisierte Kollegen, welche Stellung nehmen. Sind sie dann hier, so finden sie schlechte Logisverhältnisse und unbegrenzte Arbeitszeit. Im Jahre 1910 mußten die männlichen Sortierer bis 12 1/2 Uhr im Betriebe arbeiten, was gewiß nicht zu den größten Annehmlichkeiten gehört. Dabei ist noch zu beachten, daß die Ringarbeit als Hausarbeit gemacht wird; da gibt es schließlich nach dem Feierabend noch eine Sitzung von 3 bis 5 Stunden, auch mit den Familienangehörigen. Vielleicht wird sich mancher Kollege fragen, da muß doch ein schweres Stück Geld verdient werden; weit gefehlt! Denn, wenn das Frühjahr ins Land zieht, dann geht es faul, da wird die Arbeit so eingeleitet, daß man schon mit acht bis zwölf Mark die Woche zufrieden ist, und die im Herbst zugezogenen Kollegen suchen meist anderweitig Stellung. Daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so liegen, ist die Folge des Indifferenzismus der hiesigen Sortierer, die es sogar noch sehr ungern sehen, wenn gegen die Hausarbeit mal beim Herrn Gewerberat Stellung genommen wird. Leider konnte derselbe nicht ermitteln, daß meiste der Sortiererinnen mit Hausarbeit beschäftigt werden. Eine Kollegin ist von derselben erkrankt, daß sie wochenlang zu Hause bleiben mußte, und gegenwärtig ziehen andere Sortiererinnen mit Katzen Zigarren zum Ringeln nach Feierabend zu Hause. Da möchte man sich fragen, geht denn die Gewerbeordnung bloß bis Breslau oder ist sie für die Millionen-Firma F. Neumann in Wanzen nicht auch geschaffen?

**Altwater.** Die Differenzen bei der Firma Georg Rabler sind noch nicht erledigt. Es ist deshalb sehr zu bedauern, daß es noch

organisierte Arbeiter anderer Verufe gibt, welche ihre Frauen unter diesen Umständen bei der Firma Rabler zühtig weiterarbeiten lassen. Da sogar die betreffenden Frauen politisch organisiert sind, so wäre es doch ratsam, sich auch dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande anzuschließen, denn nur die Organisation kann bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen. Über mit solchen Mitteln, wie sie in dieser Fabrik gegen die organisierten Arbeiter angewandt wurden, kann keine Besserung für die Arbeiter eintreten. Darum Kollegen und Kolleginnen von Altwater und Umgegend, tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

**Hamburg.** Versammlung der Sektion der Zigarrenfortierer und Kistenbelleber Hamburg am 19. August im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Regelung der Arbeitsnachweise, Haus- und Ueberstundenarbeit; 2. Bericht der Sektionsleitung; 3. Bericht vom Gewerkschaftshaus. Aufgenommen wurde die Kollegin Ch. G. h. d. Die Regelung des Arbeitsnachweises und der Haus- und Ueberstundenarbeit wird auf Antrag gesondert behandelt. Zur Arbeitsnachweisregulierung führt R. a. m. l. e. aus, daß nach einstimmigem Beschluß der gemeinschaftlichen Generalversammlungen unser Gewerkschaften in diesen Fragen garantiert wurde. Die Bestimmungen für unsern Arbeitsnachweis finden wir im alten Statut, sowie in unseren lokalen Vorschriften. Die nicht mehr zeitgemäßen Dinge haben wir daraus entfernt und empfehlen wir folgende einschneidende Verbesserung zur Annahme. Die Kollegen mußten nach den alten Bestimmungen, sofern sie länger als 4 Wochen beschäftigt waren, im Falle eintretender Arbeitslosigkeit wieder in der Arbeitslosenliste hinten anschließen. Das hat zu vielen Unzuträglichkeiten geführt; z. B. wird ein Kollege ein paar Tage länger als 4 Wochen beschäftigt und wenn ein Kollege zur Aushilfe verlangt wird, und der Fabrikant hat für 6 Wochen Arbeit usw. Diesen Unzuträglichkeiten wird am besten abgeholfen, wenn wir jede Woche der Beschäftigung in Anrechnung bringen und sie addieren mit der zuletzt innegehabten Nummer in der Arbeitslosenliste. Z. B.: war ein Kollege 6 Wochen in Arbeit und hatte Nr. 3 in der Liste, so erhält er die Nr. 9; war ein Kollege 52 Wochen in Arbeit und hatte Nr. 2, so schließt er, sofern keine 28 Arbeitslosen vorhanden sind, hinten an. Gleichfalls schließen hinten an die Kollegen, welche ihre Arbeit freiwillig aufgeben oder durch eigenes Verschulden entlassen werden. Eine Debatte hierüber wurde nicht beliebt. Die folgenden Bestimmungen gelangten einstimmig zur Annahme:

§ 1. Wird ein Mitglied arbeitslos, so hat es sich innerhalb 24 Stunden bei dem Arbeitsnachweissvorsteher zu melden und erhält dann eine Arbeitslosenkontrollkarte. Jedes arbeitslose Mitglied hat sich dann täglich in der Zeit von 9 bis 11 Uhr morgens zur Kontrolle zu melden. Einlaufende Balken werden hier dann der Reihenfolge nach an die arbeitslosen Mitglieder vergeben. In geeigneten Fällen kann der Arbeitsnachweissvorsteher bei der Vergabe von Balken nach eigenem Ermessen handeln; die Gründe hierfür ist er verpflichtet auf Wunsch des zurückgegangenen Arbeitslosen der Sektionsleitung mitzuteilen, welcher die Prüfung der Städtlichkeit der angegebenen Gründe obliegt und die von dem Resultat ihrer Untersuchung das schwerbeherrschende Mitglied in Kenntnis zu setzen hat.

§ 2. Jedes Mitglied, welches von einer Fabrik in einer Fabrik unterrichtet ist, hat den Arbeitsnachweissvorsteher davon in Kenntnis zu setzen. Verbieten ist es, die Balken an andern Mitgliedern zu übermitteln und diese dadurch zu veranlassen, sich um die Stellen zu bewerben. Kein Mitglied darf auch Balken, welche ihm zur Kenntnis gelangen, ohne die Erlaubnis des Arbeitsnachweissvorstehers annehmen. Ebenfalls darf kein Mitglied seine innegehabte Arbeit verlassen, ohne vorher mit dem Arbeitsnachweissvorsteher darüber Rücksprache genommen zu haben. Das Arbeitsuchen auf den Fabriken ohne Erlaubnis des Arbeitsnachweissvorstehers ist verboten.

§ 3. Mitglieder, welche arbeitslos werden, erhalten die Nummer auf der Arbeitslosenliste, welche sich ergibt aus der zuletzt innegehabten Nummer, addiert mit der Anzahl Wochen, welche das Mitglied beschäftigt gewesen ist. Für Mitglieder, welche freiwillig ihre Arbeit aufgeben oder durch eigenes Verschulden ihre Arbeit verlieren, gilt die obige Bestimmung nicht, sondern sie werden wieder als letzte in der Arbeitslosenliste aufgeführt.

§ 4. Mitglieder, welche ohne Erlaubnis des Arbeitsnachweissvorstehers sich Arbeit verschaffen und annehmen, kann von der Sektionsleitung aufgegeben werden, die zu Unrecht erhaltene Arbeit wieder aufzugeben, widrigenfalls ihr Ausschluss aus dem Verband beim Vorstand beantragt werden kann.

Die Vorschriften treten am 1. Oktober 1912 in Kraft. Dann wurde der Antrag der Bevollmächtigten behandelt, die Hausarbeit unter gewissen Umständen zu gestatten. Daß nur dann zulässig sein, wenn der Kollege durch die Verhältnisse dazu gezwungen wird und nur unter Zustimmung der Sektionsversammlung für jeden einzelnen Fall, sowie unter der Voraussetzung einer Kontrolle über den gezahlten Lohn sowie das Quantum der geleisteten Arbeit. Daß dies begründet den Antrag in eingehendster Weise. Nicht der Hausarbeit wollen wir mit diesem Vorschlag Vorzug leisten, sondern wir denken sie damit zu bekämpfen. Wir sind bei Streiks auch auf die Hausarbeiter angewiesen. Deshalb müssen wir sie organisieren und dann mit ihrer Hilfe in der Organisation die Hausarbeit bekämpfen. Ein Drängen zur Hausarbeit kann nicht stattfinden; denn keine Sektionsleitung und Versammlung wird leichtfertig ihre Einwilligung geben. Die Kontrolle über Quantum und Löhne ist eine weitere Gewähr. Im Zeichen des Kleinbetriebes hat das gänzliche Verbot der Hausarbeit früher sicherlich gut gewirkt. Heute in der Zeit des Großbetriebes scheint sich kein Fortschritt mehr danach. Die Sicherheitsventile in dem Vorschlag der Bevollmächtigten bieten einer eventuellen Verlangen aus Kollegenkreisen ein Paroli. Deshalb bitten die Bevollmächtigten um Annahme ihres Antrages. Eine anschließende lebhaft Debatte, in welcher die Kollegen Rötger, Fuchs, Ramke und Anshoff gegen den Antrag der Bevollmächtigten sprachen und für das gänzliche Verbot plädierten, andererseits die Kollegen Hagelberg, Weier und Nöhen den Antrag verteidigten, brachte in der Abstimmung die Ablehnung des Antrages. Damit bleibt die alte Bestimmung bestehen. Die Paragraphen 5, 6 und 7 wurden wie folgt beschlossen:

§ 5. Die Hausarbeit ist verboten.

§ 6. Sonntags- und Ueberstundenarbeit darf nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der Sektionsleitung gemacht werden.

§ 7. Werden Mitglieder zu einer Sitzung der Sektionsleitung eingeladen, so haben sie der Einladung unbedingt Folge zu leisten, sofern sie nicht genügende Entschuldigung für ihr Fehlen beibringen können.

Beim Bericht der Sektionsleitung wird beschlossen, die im Tabakarbeiter-Verband vor dem Zusammenschluß organisierten Sortierer- resp. Belleberkollegen, welche nach dem 1. Oktober zu uns überzutreten müssen, unter Anrechnung ihrer Mitgliedschaft im Tabakarbeiterverband vollberechtigt in unsere Sektionsliste aufzunehmen. Dem geladenen Kollegen St. wurde alleseitig die Mitgliedschaft ausgesprochen über seine Äußerungen in der letzten kombinierten Mitgliederversammlung. Ferner wird beschlossen, den Kongress Deutscher Arbeitsnachweise, der nächsten in Hamburg tagen wird, durch den Kollegen Ramke zu bezeichnen.

**Bremen.** Mitgliederversammlung am 21. August. Nachdem an Stelle des zum Galleiter gewählte Kollegen Boras zum 3. Bevollmächtigten der Kollege Henke gewählt war, nahm der Galleiter Hagelberg das Wort zu einem Referat über die Frage: „Treten die Bremer Tabakarbeiter in eine Lohnbewegung ein?“ Er führte aus, daß die Kollegen, welche die Verammlung heute so gut besucht ist. Ich halte es für überflüssig, vorzuführen, unter welcher schlechten Verhältnisse unsere Kollegen im allgemeinen zu arbeiten haben. Ihr wißt alle, wie es damit steht. Aber ich möchte doch einen Rückblick geben, was die Tabakarbeiter bisher getan haben, um diese traurigen Verhältnisse zu befechtigen. Wir wissen, daß lange Zeit der gewerkschaftliche Gedanke nur schwer Fuß fassen konnte. Die Kollegen glaubten ihren Interessen mehr durch politische Betätigung zu dienen. Aber in den letzten Jahresjahren haben die Kollegen im steigenden Maße der gewerkschaftlichen Organisation sich zugewandt. Die Kollegen haben gesehen, wie die Arbeiter anderer Verufe sich durch die gewerkschaftliche Organisation Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpften. Der

mündliche Aufschwung unserer Organisation gibt unseren Kollegen nun die Zuversicht, daß es für die Tabakarbeiter auch nicht ausichtslos ist, dem Unternehmertum höhere Löhne abzutrotzen. Auch der Umstand, daß unsere Industrie durch die Tabakwersteuer heimge-sucht wurde, kann die Kollegen nicht abhalten, für die Verbesserung ihrer Lage tätig zu sein. Gerade im Gegenteil, unsere Kollegen sind durch die Steuermaßnahmen besonders sehr getroffen und das muß für sie der Anlaß sein, die durch die Abschonungsreform ihnen aufgeschobenen Lasten durch Leistungsleistungen wieder auszugleichen. In mündliche auch darauf hinzuwirken, daß erst jetzt in letzter Zeit die Hamburger Kollegen an ihre Arbeitgeber herangeraten sind und von ihnen höhere Löhne forderten. Und ich kann Ihnen verraten, daß die Kollegen ganz schöne Erfolge zu verzeichnen hatten. Und zwar ohne daß sie zum Kampf zu schreiten brauchten. Ich halte es für selbstverständlich, daß auch die Bremer Kollegen nicht ohne weiteres an das letzte Mittel im wirtschaftlichen Kampfe, an den Streik denken werden. Zwar haben sie keine Furcht vor den Unter-nehmerverbänden, denn sie wissen eine starke Organisation hinter sich. Auch die Drohung mit Verlegung der Fabrikation kann sie nicht abschrecken, denn schließlich gibt es keinen Winkel mehr im Lande, wo nicht auch die Organisation einströmt. Aber wir hoffen zube-richtlich, daß die Arbeitgeber einständig sein werden und es nicht zum Kampfe kommen lassen. Die letzten elf Kampfwochen werden ihnen auch im Wege liegen. Sie werden sich nicht das Weisheits-geschick verderben lassen. Wir haben gesehen, daß in Hamburg, Durgbaum und Scharnbeck die Arbeitgeber sich unseren Kollegen entgegenkommend gezeigt haben. Wenn die Bremer Kollegen ein-mütig und geschäftlich an ihre Arbeitgeber herantreten werden, dann werden diese sich auch nicht der Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung verschließen können. Wenn jeder seine Pflicht tut und zur Gesamtheit nicht, dann muß den Bremer Tabakar-beitern eine Aufbesserung ihrer ärgerlichen Löhne werden. Ich erwarte Sie, dem Untere ihre Ortsverwaltung zuzustimmen, der die Forderung einer zehnprozentigen Lohnerhöhung empfiehlt. — In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen darauf hingewiesen, daß die steigende Steuer durch eine Löhnerhöhung von zehn Prozent nicht wettgemacht würde.

Es müsse ein höherer Prozentsatz gefordert werden. Von mehreren Seiten wurde der Antrag gestellt, die Forderung zu Staffeln, damit für die besonders schlecht bezahlten Sorten ein höherer Prozentsatz als 10 Prozent erzielt werde. Von der Orts-verwaltung wurde dem entgegengehalten, daß diese Forderung bei solcher Gelegenheit nicht aus der Welt zu schaffen seien, da es sich um ein alleingewurzeltes Uebel handele. Darum empfehle es sich, es bei dem Vorhange der Ortsverwaltung zu belassen. Mit allen gegen 7 Stimmen wurde dann der Antrag der Ortsverwaltung angenommen. Nachdem noch über Angelegenheiten bei den Firmen Radesch & Müller und Lemde berichtet worden war, wurde die Ver-sammlung geschlossen.

### Berichtigung.

Folgende „Berichtigungen“ wurden uns unter überflüssiger Berufung auf das Pressegesetz zugefandt:

In die Redaktion „Der Tabakarbeiter“, Bremen.

In Nr. 34 vom 25. August v. J. Ihres Organs bringen Sie einen Artikel mit folgender Überschrift: „Christliche Wahrheits-liebe“. Da Sie mir in demselben einen Ausdruck unterzulegen, den ich nicht gemacht habe, ersuche ich Sie unter Berufung auf § 11 des R.-P.-Gesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung. Sie schreiben: „Herr Köds hat es in Werste erklärt: „Aus Prinzip machen sie mit dem deutschen Tabakarbeiterworte die Lohnbewegung mehr.““ Mehrere unterzeichnete Ausdrücke trug den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an sich. Ich habe diesen Satz nicht ausgesprochen. Bielefeld, den 25. August 1912. Friz Köds.

In die Redaktion „Der Tabakarbeiter“, Bremen.

In Nr. 34 vom 25. August v. J. Ihres Organs bringen Sie einen Artikel mit der Überschrift: „Christliche Wahrheitsliebe“. In diesem heißt es u. a.: „Am 21. Juni fand eine Fabrikbesprechung in Lengern statt. Außer den christlich organisierten waren auch einige Mitglieder des deutschen Tabakarbeiterverbandes anwesend.“ Bom-

„christlichen“ Verbände wer. Behmeier-Niederbedden und von unserem Verbände Gauleiter Wahle-Herford erschienen. Die „Christlichen“ forderten sich gleich ab und gingen in ein Zimmer für sich. Den „Freien“ wurde von Behmeier erklärt: Der „christliche“ Ver-band wolle mit den „Freien“ nichts gemeinsam besprechen, sie regelten ihre Lohnbewegungen für sich selber.“

Unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes fordere ich folgende Richtigstellung:

1. Es ist total unmaß, daß ich in Lengern eine Versammlung abgehalten habe, wo es sich um eine Lohnbewegung bei irgend einer Firma handelte. Wahr ist, daß fragliche Versammlung eine ge-wöhnliche Mitgliederversammlung unseres Verbandes war.

2. Total unmaß ist der letzte Satz obigen Artikels. Ich konnte den Satz nicht sagen, da dort gar keine Lohnbewegungen bezw. Lohnforderungen zur Beratung standen.

Niederbedden, den 25. August 1912 W. Behmeier.

### Eingegangene Literatur.

Statistik, Aufgaben, Methoden und Resultate der Statistik, ein kurzer Abriss für Arbeiter von Adolf Braun, geht uns soeben zu. Diese Schrift, die einen von unserer Literatur bisher nicht behan-delten Gegenstand den Arbeitern näher zu bringen bemüht ist, bildet das 4. Heft jener in Deutschland wie in Oesterreich stark verbreiteten und sich hoher Anerkennung erfreuenden Sammlung von Unterrichts-anleitungen, die von der Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich herausgegeben werden. Zum ersten Male erhalten wir nun eine für die Arbeiter bestimmte, knappe und doch dabei klare, alles Ueberflüssige und Schwerverständ-liche ausschließende Schrift über die Statistik. Wir hoffen, daß dieses Heft, das für 70 ¢ durch alle Parteibuchhandlungen und Partei-solportreure zu beziehen ist, das Verständnis für die Statistik, an der es vielen intelligenten Arbeitern noch fehlt, in hohem Maße fördern wird.

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

# L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preislisten Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier-Tragenth.-Muster etc.

Heute erscheint

## Liste 198

mit unzähligen Ab-bildungen

**FAÇONS**  
enthaltend.

**Offertiere div. hundert Zentner gemischte fertige Zigarreneinlage**  
pro Pfund 95 ¢, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Franko Zusendung. Hohefeine Mischung zu 5 1/2 Zigarren. 311 Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Nachnahme.

**Bernhard R. Müller**  
Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.  
Heftiges Rohabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Begründet 1886.

**Meyer & Weiss, Rohabake, Bünde i. W.**  
Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892:  
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.  
Girokonto: Reichsbank. Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.  
Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.  
Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.  
Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zollkredit.

Spezialität in Sumatra- und Vortensland-Decktabaken. Nur tadellos weils brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.  
Grosses Lager in  
**Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.**

Verlangen Sie Preisliste und Muster.  
Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.  
Guterhaltene Probenverkaufter Tabake Durchschnittspreis  
für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung ... per Pfund 3.00 Mk. verzollt  
II. Sortierung ... per Pfund 2.50 Mk. verzollt  
III. Sortierung ... per Pfund 2.00 Mk. verzollt  
von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt  
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt  
Geschrittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt  
Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Heberankauf. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung. [19]

**Hermeking & Boy**  
Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak	Bedarfsartikel
Sumatra-Decke, sehr grobe Ansool mittel und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Länge a 250, 300, 325, 350, 375, 400 ¢, hell II. 600 ¢.	Wickelformen, gebräunte, gut erhaltene, ca. 1500 Stück verschiedene Fassons am Lager. Es giltige Abdrucke gratis und franco.
Vortensland-Decke, 1. u. 2. Länge, dunkel, besser Mexiko-Ersta, a 280 ¢, helle Rohabake a 300, 325, 350, 400 ¢	Formen zu 12 Formen, oben u. unten ver-schieden, gummi, Holz, u. Holzdruck-platte in sehr hoher Ausführung, 4-teilige Träger, je nach 11 M. nur II. M.
Java-Anfänger a 130, 135, 140, 145 ¢	Frankosachen zu 1000 Zigarren nur 550 ¢
Java-Umblatt a 150, 160, 170, 180, 190 ¢	per 100 Stück 100 ¢, per 200 Stück 200 ¢
grosstes Vollblatt, 2. Länge, 180 ¢	Ballretter 175, 200, 300, 450
Mexiko-Decke, hochfarb, a 500 ¢ u. 550 ¢	Blattretter, verschieden, nur 135 u. 225 ¢
Brasil a 150, 165, 185, 190, Decke a 350 ¢	Arbeitsmesser a 3. H. penzel 20, 30, 35 ¢
Havanna a 350 ¢	Loch, 8 Stange 25 und 30 ¢
Domingo a 120, 135, Umblatt a 150, 170 ¢	Papier, klein, ca. 40 Bogen 20 ¢, rot 25 ¢
Carmen a 120, Umblatt a 145, 155 ¢	Papier, 50 Meter von 60 ¢ an
Hekernmarker La. 105 ¢	gebraucht, sortiert, Seite, 5 u. 6 M. p. 30
Lager alle überzogene Ware a 105 ¢	Hinge II. nur 20, 25 ¢, mit Loch 45 ¢
in. Deckblatt-Kampagne a 125 ¢	Hilfsketteln von 35 ¢ per 100 Stück an
Sämtliche Tabake sind in Bezug auf tadellos weils u. besten Brand sorgfältig durchgeprüft.	Gummi-Tragenth. a 250 u. 300 ¢ p. Pf.
Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Abzug. Verlangen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.	Holz-Tabak-Verarbeitungs-Pressen, Rahmen, Hobel, etc. am Lager.

**J. H. Koopmann, Bremen**  
Fernsprecher 3948 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3948

empfeilt in bekannter Preiswürdigkeit:  
Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 ¢  
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 ¢  
Java-Decker dunkel 220 ¢, hell 260, 280, 300, 320 ¢  
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 ¢  
Java-Einlage 95 ¢, mit Umbl. 110, 120, 130 ¢  
Vortensland-Decker 260, 275, 300, 320 ¢  
Brasil-Decker 175, 200, 210 ¢  
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 ¢

Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 ¢  
Havanna 200, 250, 300, 400 ¢  
Decker 700 ¢  
Yara-Cuba 200, 220 ¢, feine Qualität  
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 ¢  
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 ¢  
Domingo-Umblatt 110, 120, 130 ¢  
Domingo-Einlage und Umbl. 100 ¢  
Rio-Grande-Decker 120, 130 ¢  
Einlage 110 ¢  
Lugut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 ¢, beste Sorte leicht und sehr blattig 110 ¢

neuen und gebraucht in allen Fassons von 50—150 ¢  
Schiffchen-Abdrücke nebens gratis und franco

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Schlagwinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Tragenth. allerfeinste Ware, große, klebehaft, per Pfd. 250 ¢. Zigarrenband pro 60 Meter-Rolle, gelb, 105, 120, 125, 150, rot 130 ¢. Bastbündelband, grau und schwarzfarb, pro 100 Meter-Rolle 150 ¢.

Preis per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Fernruf 4740 Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.

**Die Rohabakhandlung Pabst & Rinneberg**  
Leipzig, Thomasring 1  
empfeilt sämtliche Sorten

## Rohabake

zur Zigarrenfabrikation.

Abteilung: Klein-Verkauf.  
Nur verzollt einschliesslich Wertzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3% Abzug. — Preisliste frei! [15]

**August Durlacher**  
Rohabakhandlung  
Mannheim II B. 7. 9.

empfeilt alle zur Zigarrenfabrikation erforderlichen Tabake verzollt und versteuert. Abgelegte Muster und vom Galen. Reelle Bedienung. Ver-sand gegen Nachnahme. Abgabe jeden Quantum. Grosses Formenlager.

**Rohabak-Handlung Hengfoss & Maak**  
Altona-Ottensen.  
Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. [25]

**Zigarrenfabriken,**

welche möglichst in Groß-Berlin nicht vertreten sind, bitte ich um Einfindung einer bemusterten Offerte in der Preis-lage von 45—52 M. Ich beabsichtige, Einrichtung eines Zigarrenverfabri-geschäfts.

Offerten Berlin-Wilmersdorf, Postlagerkarte 196.

rein 30, 60, 90, 100, Must. 9 Pfd. zus. geg. 5.00 Mk. Rip. entlaugt u. gefasert, 40 Pfd. 15.00, dep. Umbl. 145 u. 175, hell Dell. Geightsk., Vollbl. status f. 250.

Kemmler, Breslau 6. Weg. Rkb.-Afg. II. Einlage Ia. Rip. statt 1 1/2 f. 1 1/2.

**Carl Roland**  
Berlin SO., Rottbuerstraße 4

Sumatra-Vollblatt, tabel-  
lofer Brand, pr. Pfund nur 2.50.  
Java-Anfänger, pr. Pfund nur..... 1.30, 1.35 und 1.40.

**H. Edling, Bremen**  
empfeilt folgende gute Tabake zu billigen Preisen

Sumatra-Decker a 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 290, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 ¢.  
Java-Vortensland-Decker a 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 ¢  
Brasil-Decker a 190, 200, 220, 240 ¢  
Brasil-Einlage u. Umblatt a 120, 125, 130, 140, 150, 170 ¢  
Sumatra-Umblatt, Vollblatt a 150, 160, 170, 180 ¢, Stückblatt 180, 140, 150 ¢  
Java-Umblatt a 140, 150, 160, 170 ¢  
Java-Einlage u. Umblatt a 110, 120, 125, 130 ¢  
Domingo a 100, 110, 120, 130 ¢  
Carmen a 100, 110, 120, 130 ¢  
Seedleaf (meist Umbl.) a 110, 115, 120 ¢  
Havanna-Einlage a 180, 200, 250, 300, 400 ¢, Decker 650 ¢  
Yara-Cuba-Einlage a 150, 180, 200, 250 ¢  
Regio-Decker a 250, 320 ¢  
Lugut a 95, 100 ¢  
Gemischte Original-Tabake a 110, 120 ¢  
Java (geschnitten) a 110 ¢  
Preise verzollt inkl. Wertzoll per 1/2 Hilo. Kredit nach Heberankauf. [13]

**H. Hüsemann**  
Bremen  
Hohentors-Ch. 105 Telephon 2880  
empfeilt

**nur gut brennende Tabake**

Sumatra-Decker, hell, II. und III. Länge, 380, 400 ¢, mittel, II. Länge Sandblatt 380 ¢, mittel 190, 210, 240, 250 ¢, dunkel 180, 270 ¢, alles Vollblatt, Um-blatt 165, 170 ¢.  
Java-Vortensland-Decker, mittel 200, 210 ¢, dunkel, Brasil-Ersta, 280, 290 ¢, hell 350 ¢.  
Java-Umblatt 120, 140, 150, 160, 170 ¢.  
Einlage und Umblatt 120, 130 ¢.  
Brasil-Decker 240, 250, 260, 300 ¢.  
Brasil-Einlage und Umblatt 140, 150, 160 ¢.  
Domingo-Decker 180, 220, 300 ¢.  
Domingo-Einlage 110, Umblatt 125 ¢.  
Carmen-Einlage 110, Umblatt 125 ¢.  
Havanna-Einlage 220, 240 ¢.  
Seedleaf-Umblatt, 51 u. leicht, 180, 140 ¢.  
aris. gemischte Tabake 110, 120 ¢.  
Lugut, bestehend aus Carmen, Domingo, Java, Seedleaf, Brasil 110 ¢.  
— Versand gegen Nachnahme.

auch diesmal der Vorbezug verlagert werden wird, nach dem ihr gelistet. Es ist nicht wahr, daß der Arbeiter-Sängerbund eine Vereinnahmung ist, die politische Zwecke verfolgt. Wenn die Staatsanwaltschaft so eifrig ist, so sollte sie auch einmal die Veranstaltungen des Deutschen Sängerbundes betrachten, die oft einen chauvinistischen Charakter mit stark politischem Einschlag haben. Wir sind die letzten, die ein staatsanwaltliches Vorgehen gegen die „patriotischen“ Sänger befürworten. Aber wir meinen, daß die Justiz sich im eigenen Interesse davor bewahren sollte, daß als ihr Lösungswort jener Spruch gilt: Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe! Der Arbeiter-Sängerbund wird trotz aller staatsanwaltlichen Bemühungen seinen Weg erfolgreich beschreiten.

**Ausbeutung der Kinder auf dem Lande.** Die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins regt die gesetzliche Einführung von Arbeitspausen für arbeitende Kinder an. Für den Fabriklehrling sind anderthalb Stunden Mittagspause vorgeschrieben; das in der Landwirtschaft tätige Kind aber eilt, nachdem es fünf Stunden in der Schule gefessen, nach Hause, verschlingt hastig sein Mittagbrot — manchmal erhält es nur eine Schnitte — und läuft zum Arbeitgeber; denn schon ist es Zeit aufs Feld, auf dem es bis Sonnenuntergang weilt. An häusliche Arbeit für die Schule ist nicht zu denken, das Kind benutzt vielmehr die Unterrichtsstunden des nächsten Vormittags als Gelegenheit zum Ausruhen. Und die Ferien, die den Stadtkindern Erholung bringen, sind für die Landkinder in erster Linie dazu da, daß sie möglichst stark zur Arbeit herangezogen werden; die übliche Festlegung der Ferienzeiten kommt dieser Tendenz nach Möglichkeit entgegen. Werden denn die Landkinder durch den Unterricht gar nicht angestrengt? Oder haben sie eine Riesennatur, die alles aushält?

Die Korrespondenz fordert mindestens Grenzen für diese Kinderarbeit. Es müsse gesetzlich bestimmt werden: 1. Jedes Kind hat zwei Stunden Mittagspause zu beanspruchen. 2. Es darf nicht vor der Schule und über eine gewisse Zahl von Stunden hinaus beschäftigt werden. 3. Die Beschäftigung von Kindern unter zehn Jahren ist verboten. 4. Weiteren dürfen bestimmte, zu schwere Arbeiten nicht übertragen werden. 5. Die Ferien sind für alle Schulgattungen gleichzulegen.

Das einzig richtige ist: Verbot jeglicher Kinderarbeit, die mit Lohnwert verbunden ist.

**Die erste Gefängnisleiterin in Preußen.** Das Frauengefängnis in Berlin wird am 1. Oktober als selbständige Anstalt eingerichtet und ausschließlich weiblicher Leitung unterstellt werden. Zu diesem Zwecke ist zum erstenmal die Stelle einer Gefängniswärterin geschaffen worden. Es haben sich bereits zahlreiche Bewerberinnen für diesen Posten gemeldet.

**Gegen die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern zu politischen Zwecken** wendet sich der Vorstand des Bauarbeiterverbandes in seinem kürzlich erschienenen Jahrbuch. Es ist unseren Lesern bekannt, daß einige Zahlstellen des Bauarbeiterverbandes durch Gerichtsurteil für politische Vereine erklärt wurden, weil Beschlüsse gefaßt worden waren, Gelder lokalen Ursprungs für den Wahlkampf zu spenden. Das Jahrbuch kommt bei der Aufzählung der wichtigsten Ereignisse ebenfalls auf die Reichstagswahlen zu sprechen und schreibt in diesem Zusammenhang über die Unzulässigkeit der Verwendung von Gewerkschaftsgeldern folgendes:

„Die Steuerpolitik des schwarz-blauen Blochs hatte so wichtige Arbeiterinteressen geschädigt, daß weite Kreise, die sich sonst kaum um die politischen Vorgänge zu kümmern pflegten, der Entscheidung mit Ungehörigkeit entgegenkamen. Ist es den Gewerkschaften auch verlagert, in diese Kämpfe aktiv einzugreifen, so muß es ihnen aber stets erlaubt sein, ihre Mitglieder über die politischen Fragen aufzuklären und ihnen die Wege zu weisen, die zu gehen das Arbeiterinteresse erfordert. Leider sind einige Vereine über die Grenzen, die uns dabei durch die Gesetzgebung gezogen sind, hinausgegangen, indem sie aus ihren Lokalkassen Gelder für den Wahlkampf hergaben. Das hat in einigen Fällen die unangenehme Folge gehabt, daß die Polizeibehörde von ihnen die Erfüllung der Pflichten politischer Vereine verlangte und Strafen anordnete, als sich die Vereine dessen weigerten. Die dann angerufene Entscheidung der Gerichte ist zumungunsten der Vereine ausgefallen, doch ist der Instanzenweg noch nicht erschöpft. Es scheint, als stecke hinter diesem Vorgehen die nicht gerade ehrliche Absicht, das Reichsvereinsgesetz in einem von dem Gesetzgeber nicht gewollten Sinne auf die Gewerkschaften anzuwenden. Die Strafkammer des Landgerichts Schneidemühl hat den Zweigverein Fischeke sogar mit der Begründung für politisch erklärt, daß der ganze Deutsche Bauarbeiterverband politisch sei. Eine solche sinnwidrige, reaktionäre Anwendung des Reichsvereinsgesetzes steht dem herrschenden Kurs nicht unähnlich. Aber unsere Organisationen werden sich ihr Recht erkämpfen. Wir sind schon mit lästigeren und gefährlicheren Zuständen fertig geworden und werden uns auch dieser erwehren. Allerdings müssen auch die Zweigvereine darauf sehen, daß sie den herrschenden Gewalttaten die Arbeit nicht allzu leicht machen. Die ganz unnötigen Uebergriffe auf das politische Gebiet müssen unterbleiben; unsere Organisation hat auf ihrem Tätigkeitsfeld Arbeit genug. Vor allem ist die Bewilligung von Geldern für politische Zwecke zu verurteilen, und zwar nicht nur wegen der behördlichen Schikanen, die daraus erwachsen, sondern auch, weil damit den sozialdemokratischen Mitgliedern des Verbandes Veranlassung zu nicht unberechtigten Beschwerden gegeben wird.“

**Gründung einer Gewerkschaftsbank in England.** Die Gewerkschaften sind unzufrieden mit den Banken, mit denen sie bisher in Geschäftsverbindung stehen. In Streitigkeiten zeigen diese oft Abneigung, auf die Sicherheit der von den Verbänden hinterlegten Staats-, Eisenbahn- u. s. w. Papiere hin Vorstöße zu geben. Namentlich beim Kohlenarbeiterstreik war das der Fall, so daß die örtlichen Verbände sich manchmal an die Bankabteilung der Großenhandels-

gesellschaft der Konsumvereine wenden mußten. Ein Plan, diese Bank auch zur Gewerkschaftsbank zu machen, wurde wieder aufgegeben. Jetzt wird empfohlen, daß alle Gewerkschaften ihre Fonds — es handelt sich bei den großen Verbänden um zusammen etwa 100 Millionen Mark — auf genossenschaftlicher Grundlage vereinigen, um eine Bank zu gründen. Diese sollte dann den gewöhnlichen Bankverkehr regeln und den Gewinn zurückerkennen, vor allem aber in Fällen von Kämpfen unter billigen Bedingungen Vorstöße geben. Zurzeit werden drei verschiedene Pläne in Gewerkschaftskreisen erwoogen.

## Berichte.

**Rosen.** Die am 17. August einberufene öffentliche Tabakarbeiter- und Tabakarbeiterinnen-Versammlung, in der der Kollege C. Niendorf-Bremen das Referat über das Thema: „Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, verständigt euch nicht!“ übernommen hatte, war mittelmäßig besucht. Kollege Niendorf führte in seinem 1½stündigen sehr verständigen und wirkungsvollen Vortrag den Anwesenden die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zum Deutschen Tabakarbeiter-Verbande vor Augen. Der Verband sei eine Sparkasse für die Kollegen und Kolleginnen, wo ihre Beiträge zehnmal mehr Zinsen bringen, als in irgend einer Sparkasse. Wenn es auch dem einen oder dem anderen der Kollegen und Kolleginnen bei dem geringen Verdienst schwer fiel, die wöchentlichen Beiträge zu zahlen, so sollten sie doch wissen, daß eine Ernte ohne Ausfall doch nicht möglich sei. Der Verband sei eine starke Stütze für die armen arbeitenden und kranken Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, der schon manche Not und manches Elend gelindert hat. Die Ausgaben hierfür belaufen sich bereits auf mehrere Millionen Mark. Vor allem aber ist der Verband in erster Linie als eine Kampforganisation zu betrachten. Jeder Tabakarbeiter und jede Tabakarbeiterin muß das Bestreben in sich tragen, vorwärts zu kommen und für sich und ihre Familie bessere Lohnverhältnisse zu erzielen, wie das Mitglieder anderer Verbände schon lange getan haben. Denn die Tabakarbeiter sind in schlimmerer Lage, als viele Arbeiter anderer Berufe. Zu dieser Versammlung war auch der hiesige Kartellvorstand eingeladen und erschienen, der uns versprochen hat, seine ganze Kraft einsetzen zu wollen, damit auch hier in Rosen der feinerzeit in Dresden gefaßte Gewerkschaftsbeschluss zur Geltung komme. Nachdem sich noch einige hiesige Kollegen zum Worte gemeldet hatten und die uns noch fernstehenden Kollegen aufgefordert wurden, sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande anzuschließen, schloß der Vorstehende mit einem auf den Verband ausgebrachten Hoch die interessante verlaufene Versammlung. Zum Betritt meldeten sich 25 Kollegen und Kolleginnen.

**Sinsheim.** Die am 23. August abgehaltene Mitglieder-Versammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Bericht über die stattgefundenen Differenzen. 2. Verschiedenes. An den ausführlichen Bericht über den Abschluß der Differenzen schloß sich eine lebhafte Diskussion. Man war von dem Abschluß nicht befriedigt; selbst die Beteiligten sind in eine etwas verworrene Situation geraten. Allgemein wurde bedauert, daß der Gauweiler, Kollege Kiesel, nicht antwortete. Man suchte nach einem Brügelnaben. Verwaltung und Gauleitung sollten diejenigen sein, welche die Aktionsfähigkeit gelähmt hätten, und doch haben die betreffenden Arbeiter die ganze Angelegenheit allein mit ihrem Arbeitgeber geregelt. Das ist auch von der Verwaltung richtig gestellt worden. Es gibt ja manchmal Leute, die den Mund recht voll nehmen, wenn sie nichts zu befürchten haben, wenn sie aber Gefahr laufen könnten, dann machen sie die Faust in der Tasche. Wenn wir ernstlich bestraft sind, unsere Lage zu verbessern, und das wollen wir, dann können wir uns nicht durch Persönlichkeiten beirren lassen. Unser ganzes Augenmerk muß darauf gerichtet sein, den Ernst der Lage zu erfassen und unsere Position zu stärken. Aus dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß dort von unserer Seite angesetzt wurde, wie der enormen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte zu begegnen ist. Die Angelegenheit wurde dem Kartellvorstand überwiesen, welcher gemeinsam mit unseren Genossen im Stadtparlament das weitere heranzuführen soll. Die Lebensmittelpreissteigerung macht sich bei den Tabakarbeitern recht fühlbar. Die Auspoberung der arbeitenden Bevölkerung nimmt geradezu grandiose Formen an; raffen wir alle Kraft zusammen, damit unser Loos erleichtert wird.

## Briefkasten.

**A. S., Berlin.** Einen solchen bloßen Hinweis auf frühere Darstellungen druckt man doch nicht ab.

**Koch.** Beide Fragen sind mit Ja zu beantworten.

**Anmerkung.** Leider ist durch zu spät bemerkte falsche Umbrüche in einer Anzahl Exemplaren der vorigen Nummer in dem Artikel „Die heutigen Gewerkschaften im Jahre 1911“ eine Verzeichnung der Angaben eingetreten. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

## Verbandsteil.

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieber-Belland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großhändler-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5849 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Sakau Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Giller, Altona-Ottensen, Soheneck 3, pt., zu adressieren.

## Bekanntmachungen.

**Zur Beachtung!**

Bei der Arbeitslosenunterstützung kommen immer noch viele Irrtümer vor. Viele Bevollmächtigte scheinen noch der Ansicht zu sein, die Arbeitslosenunterstützung für die Sonntage berechnen zu müssen. Das ist falsch; Arbeitslosenunterstützung darf nur für die Wochentage berechnet und ausbezahlt werden. Sonntage sind ausdrücklich davon ausgeschlossen.

Des weiteren. An auf Wanderschaft befindliche und nur mit Wanderkarte versehenen Mitglieder darf höchstens nur für drei Tage Unterstützung auf einmal ausbezahlt werden.

Jahrgeld, nach dem § 10 Abs. 5 des Statuts, darf nur an solche Mitglieder ausbezahlt werden, die aus der Arbeit entlassen sind oder mit Zustimmung der Bevollmächtigten die innehabende Arbeitsstelle aufgegeben haben; dazu kommt ferner, wenn diesen Mitgliedern in einem anderen Orte Arbeit nachgewiesen oder sie sich selbst durch eigene Bemühungen solche verschafft haben. In diesen Fällen erhalten die Mitglieder das Jahrgeld der 4. Klasse, wenn die Entfernung mindestens 25 Kilometer beträgt.

Es empfiehlt sich in allen Fällen, stets das Statut zur Hand zu nehmen, um die Mitglieder vor unangenehmen Ueberraschungen zu schützen.

**Ausgeschlossen nach § 15 wurde:** Hadenheim, der Zigarrenmacher **Blas Brenner** aus ?, Buch S. II. 24 535, aufgen. am 25. 7. 1910, a. St. in Hadenheim. (S. 1542.19. J. 12.)

**Als verstorben wurde gemeldet:** Das Mitgliedsbuch S. I. 29 324, lautend auf **Kugak Volkhaue** aus Sulza b. Jorba, geb. 5. 10. 1856, aufgen. 26. 1. 1908, Weitzgr. 3. Im Verzeugsstalle ist das Buch zu konstatieren und an den Vorstand einzusenden. (S. 1566.)

**Der Vorstand.**

Abrechnungen vom 2. Quartal gingen beim Vorstand an bis der Zeit vom 20. bis 27. August 1912:

5. Gau: Südspenge.

10. Gau: Kreuzburg.

13. Gau: Eberswalde, Landsberg.

Vom 20. bis 26. August 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge. E. = Extrabeiträge. S. = Zurückgezahlt):

30. Juli. Bünde B. 150.—, Blotho B. 80.—, Remminghaffen B. 75.—, 17. August. Lutz J. 10.—, Greiß B. 70.—, Bülferdingen B. 40.—, 18. August. Hudenheim B. 400.—, Landsberg B. 150.—, 19. August. Ebingen J. 14.—, von C. Schib, Walsch-Rheinfelden. Stenbal B. 120.—, Magdeburg B. 500.—, 20. August. Frankfurt a. M. B. 70.—, Rajewall B. 100.—, E. 6,50. 21. August. Nordhauen B. 1000.—, Bödingen B. 300.—, 22. August. St. Annen B. 48,25. 23. August. Goch B. 200.—, Warmbad B. 400.—

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einsetzung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnötige Vorrausgaben vermieden werden. Damit die Zuführung von etwa erforderlichen Zuschüssen durch unser Postfachkonto erfolgen kann, wolle man die Bestätigung rechtzeitig beim Vorstand einreichen.

Falls Zahlkarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Abschritt bemerken zu wollen, damit die Zuführung erfolgen kann. Bremen, den 26. August 1912. **W. Nieber-Belland.**

## Arbeitslosenstatistikarten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der „Tabakarbeiter“-Sendung in ihren Besitz gelangte graue Statistikarte („Aisjerl. Statistisches Amt“) gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstande in Bremen bis spätestens 6. September einzusenden zu wollen.

Als Stich- und Zähltag ist Sonnabend, 31. August d. J., zu nehmen.

Mitglieder, welche krank, gemakregelt oder ausgespart sind, und streifende Mitglieder dürfen als arbeitslose Mitglieder nicht mitgezählt werden.

Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllen, und die grauen Statistikarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einsenden werden.

Zahlstellen, die aus versehen keine Karte erhalten haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.

Zahlstellen, die keine Karten einsenden, werden veröffentlicht.

Bremen. **Der Vorstand.**

## Vom Vorstande sind ernannt:

**Kreuzberg:** Ernst Truppensee 1., Marie Kruschke 2., Bruno Reichel 3. Bev.; D. Kutz, Friedr. Drieling, G. Triller, Kontr.

**Wildehausen:** Anton Dpsöder 1., Joh. Willenbrud 2., Heimr. Menckhoff 3. Bev.; Friedr. Menckhoff, Gerh. Lübbert, Kontr.

**Goyau:** Gust. Erdmann 1., Heinrich Krüger 2., Louise Diehl 3. Bev.; Alb. Schül und Hed. Speer, Kontr.

**Rawitzsch:** Albert Schultzecht 1. Bev.; Otto Vullst, Kontr.

**Rajewall:** Reinhold Böttcher 2., Franz Lantow, 3. Bev.

## Adressenänderungen.

**Rawitzsch.** Alle Zuschriften sind zu richten an Ad. Morasch, Breslauerstr. 332.

**Wildehausen:** 1. Bev. Anton Dpsöder, Huntestr. 7; 2. Bev. Joh. Willenbrud, Am Markt 101.

**Rawitzsch:** 1. Bev. Albert Schultzecht, Breslauerstr. 389.

**Oppersheim:** Der 2. Bev. Joh. Schmidt wohnt Katharinagasse 16.

**Rajewall:** Der 2. Bev. Reinhold Böttcher wohnt Steffinerstr. 1.

## Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-L. = Arbeitslosenunterstützung. K.-L. = Krankenunterstützung.

**Mühlhausen i. Thür.** A.-L. und K.-L. beim 2. Bev. Emil Rothe, Rothenstr. 8, Sonnabends abends 6 bis 8 Uhr. Für Durchreisende im Restaurant zur Heimat, St. Jakob.

## Arbeitsangebote.

Zwei tüchtige Sortierer, Lohn 1.20 bis 1.80 M pro Woche dauernde Arbeit. Nachjhr. Arbeitsnachweis Franz Schnell, Frankfurt a. M., Gattersheimerstr. 11, pt.

Vier tüchtige Wickelmacherinnen nach Württemberg. Nachjhr. Arbeitsnachweis Adolf Heising, Karlsruhe, Werderstr. 95.

Ein Zigarrenmacher nach Rajew. Lohn 10 bis 15 Fr.; eine Wickelmachern, Lohn 5 bis 7 Fr. pro Woche. Dauernde Arbeit. Nachjhr. Carl Goch, Rajew. (Schweiz), Aufr. 102.

## Arbeitsnachweis für Sortierer.

Dresden: Walter Robis, Dresden-Str., Torgauerstr. 86.

Leipzig: Herm. Rosenfeldt, Leipzig-Str., Kreuzstr. 38,6 II.

Blotho: Heinr. Waltermann, Blotho, Wajferstr. 33.

Mühlhausen i. Thür.: Emil Rothe, Rothenstr. 8.

## Mitglieder-Versammlungen.

Regelmäßige Versammlungsdmänger sind Mitglieder, die nicht mitarbeiten wollen!

Montag, den 2. September:

Hersford: Ab. 8½, im Gewerkschaftshaus.

## Gestorben:

Am 10. August in Berlin **Wl. Salkewicz** aus Czacz b. Schmiegel.

Am 11. August in Erfurt **Juliane Gräbenstein.**

Am 17. August in Guben **Gustav Trantmann** aus Züllchau, 38 Jahre alt.

Am 18. August in Hildesheim **Friedrich Hoffert**, 82 Jahre alt.

Am 20. August in Eimsbüttel (Hamburg) **Theodor Jungblut** aus Metternich, 57 Jahre alt.

Am 22. August in Berlin **Friedr. Benkert** aus Rawitzsch.

Ehre ihrem Andenken!

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozarstraße 5, I.

Ausschuß: D. Sidow, Stendenburg a. S., Steinstraße 22.

Schiedsgericht: Gg. Feiß, Hamburg 19, Schwentestraße 54 II.

Eingeg.: Bries 50.—, Jaitrow 100.—, Wangenbelaun 80.—, Deuben 50.—, Neuluhheim 200.—, Hersford 40.—, Sterbekasse: Altenburg 23.—, Bries 60,35, Baugen 80,78, Gremberg 30,20, Hannover 32,25, München 85,30, Deuten 6,65, Berlin 80.—, Hersford 4,50.

Zuschüsse: Gell.-Niendorf 40.—, Hochdorf 100.—, Leipzig 100.—, Sandhofen 70.—, Baugen 30,76, Bremen 150.—, Pirna 150.—, Wildehausen 100.—, Berlin 80.—, Breslau 100.—, Schlingern 50.—, Waldheim 50.—, Singenfeld 100.—, Kranken- und Sterbekasse 72,75 M.

Hamburg, den 26. August 1912. **A. Ditt.**

# H Grosse Auswahl in feinen Tabaken F

für die Fabrikation höherer Preislagen:

## Feine Sumatra-Decken

Sandblatt Nr. 1750. Vollblatt 2. Länge, graumatt, reinfarbig, sehr deckfähig..... **Mk. 7.—** verzollt  
 Sandblatt Nr. 1738. Vollblatt 2. Länge, hellmatt, reinfarbig, sehr deckfähig..... **Mk. 8.25** verzollt

## Feine Vorstenlanden-Decken:

Sandblatt Nr. 1771. Vollblatt 3. Länge, hellfahle Havannafarben, **Mk. 4.25** verzollt  
 Sandblatt Nr. 1748. Vollblatt 2. Länge, dunkel und schwarz **Mk. 4.50** verzollt  
 Pflückblatt Nr. 1772. Vollblatt 1. Länge, hellfahle, fast weisse Farben, horrend deckfähig..... **Mk. 5.50** verzollt

### Hochfeines Qualitäts-Umblatt

Bezoeki Nr. 1808.  
 Vollblatt 2. Länge, zart, leicht, ergiebig, weisser Brand  
**Mk. 2.—** verzollt

### Seedleaf-Umblatt

Nr. 1712  
 1. Länge, reif, zart, ergiebig, feiner Geschmack  
**Mk. 1.85** verzollt

### Havanna-Decke

Nr. 1804. Vollblatt, zart, fein, reine Farben, sehr deckfähig, **Mk. 6.—** verzollt, weisser Brand.

### St. Felix-Brasil-Decke

Nr. 1803. Vollblatt, schönste Farben, zartes, breites Blatt, kurzer weisser Brand, **Mk. 3.50** verzollt, sehr ergiebig.

### Yara-Cuba

Nr. 1482  
 Qualitätstabak von allerfeinstem Geschmack, blattig, tadelloser Brand, riesig preiswert  
**Mk. 4.—** verzollt

### St. Felix-Einlage

Nr. 1715  
 Feinster langer Tabak, blattig und ergiebig  
**Mk. 2.50** verzollt

ca. 14000 gebrauchte Formen  
 viele moderne Fassons zurzeit vorrätig  
 Abbildungen auf Wunsch

# Heinrich Franck

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

Berlin N. 54  
 :: Brunnen-Strasse 22

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma

## Gebrüder Rauh Gräfrath

Stahlwarenfabrik u. Versandhaus I. Ranges.

Versand direkt an Private.

Nachstehende Uhrkette versenden wir **30 Tage zur Probe!**

Nr. 2358

Hochelegante, moderne Herren-Kavalier-Uhrkette mit Petschaft-Anhänger prima feuervergoldet, geschmackvolles Muster, sehr schön und haltbar, mit fein gearb. runden u. langen Gliedern, moderner Anhänger mit Petschaftplatte, ganze Länge ca. 43 cm, ohne Gravierung per Stück **nur Mk. 2.—**

2 beliebige Buchstaben in die Petschaftplatte graviert kosten 25 Pf.

Versand unter Nachnahme od. gegen Vorauszahlung des Betrages.

Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um, od. zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei versenden wir auf Wunsch an jedermann, nur nicht an Personen unter 18 Jahren und nicht an Händler, unseren grossen illustrierten Pracht-Katalog, welcher ca. 10000 aller Warengruppen in grösster Auswahl enthält.

Hunderttausende Kunden. Viele tausend Anerkennungen über Güte und Qualität unserer Waren.

Bei Sammel-Anfragen Extra-Vergünstigungen.

Kein Interessent

versäume unsere Preisliste 23 und Wickelformbogen einzufordern.

Wir liefern

Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formpressen, Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu und gebraucht, in unerreichtester Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Wer Geld sparen will bezieht seine Rohtabake und Utensilien aus erster Quelle von uns!

**L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstr. 24.**

Grösstes Lager in gebrauchten Utensilien.  
 Deutschlands grösstes Fabrik und Handelsgeschäft der Rohtabak und Utensilien-Branche.

**W. HERMANN MÜLLER**  
 Berlin, Magazinstrasse 14.

Java-Umblatt No. 7124  
 sehr lieferungsfähig, leicht und brandfester, nur M 1.50 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869  
 2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M 2.25 pro Pfund verzollt.

Bestellen Sie Muster!

Telephon 11358. Postscheckkonto Leipzig No. 9928.

## Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfiehlt als besonders preiswert und gut

Sumatra-Becker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500	Havanna, hochfeine Einl. à 270, 350
Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180	Yara-Cuba, vorzüglich, à 260
Vorst.-Becker à 250, 320, 400, 500	Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190	Carmen-Einlage à 115, 125
Java-Einlage à 120, 125	Domingo-Umblatt à 135, 145, 150
Aufarbeiter à 130, 135, 140	Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120
Felix-Becker, spanischer Brand, 220	Mexiko San Andres 480, 450, 400, 140
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175	koszul, sehr blattig und gesund, à 120, 110
	Niederländer à 105, 110, 115

Beste per Pfund verzollt inkl. Fracht.  
 Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.  
 Man verlange neueste Preisliste.

## Preiswerte Tabake

Sumatra-Becker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220	Sumatra-Becker Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fast, 260
Sumatra-Becker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und feibig, 300	Sumatra-Becker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitätstabak, 320
Sumatra-Becker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitätstabak, 350	Java-Becker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfast, 200
Vorstenland-Becker Nr. 518, 1. Länge Vollblatt, hellbraun, 260	Vorstenland-Becker Nr. 512, 2. Länge Vollblatt, hell, 330
Brasil-Becker, tiefschwarz, sehr günstig bedend, 240, 270	Mexiko-Becker, dunkler Qualitätstabak, 3 Pf. bedend, 400
Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170	Domingo-Umblatt, großblattig, trocken, 120, 135
Carmen-Umblatt, zart, gutschmeckend, 120, 130, 140	Seedleaf, feine Qualität, 145
Java-Einlage 105, 110, 115	Carmen-Einlage 105, 110
Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170	Koszul, allerbeste Ware, viel Umbl., 100

## Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 42.

Jacob Hirsch jr., Mannheim B-1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

6. Raudebrot, wo steckt du?

6. Becker.

Unserm Freund und Kollegen Ernst Zeigmann die herzlichsten Glückwünsche zu seinem am 4. September stattfindenden Geburtstag.

H. F. und R. E., Galle & Co.

Unsern treuen Kollegen Wilhelm Walter zu seinem 25jährigen Verbindungs Jubiläum die besten Glückwünsche. Die Mitglieder der Zeitschrift-Bienbaum.

## Briefkasten.

Galle 70  
 Gumburg 30  
 Bienbaum 60